

Monatsspiegel



November 2019



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Rede von Ester Limburg-Klaus, anlässlich der Demo gegen rechtsextremistischen Terror am Samstag, 12.10. auf dem Rathausplatz in Erlangen

Ich begrüße sie im Namen der Jüdischen Kultusgemeinde Erlangen. Wir sind hier gekommen um über diese schreckliche, menschenverachtende Tat eines Rechtsextremisten zu sprechen. Seit einigen Jahren spätestens nach den NSU Morden wird immer wieder vom Zentralrat der Juden und von den Jüdischen Gemeinden auf den wieder gefährlichen Rechtsextremismus und Antisemitismus aus verschiedenen Richtungen hingewiesen, leider wurde dem keine besondere Beachtung geschenkt. In Erlangen gedenken wir alljährig auch an die Ermordung von Shlomo Levin und Frieda Pöschke. Einige Anschlagversuche wurden von der Polizei und Sicherheitskräften vereitelt. In Halle gab es keine Hinweise und Vorboten auf diesen Terroranschlag. Sprechen wir

nicht von einem Einzeltäter, der Mörder war nicht allein, er hatte seine Bewunderer und Zuschauer im Netz und alle jene machen sich zu Mittätern, denn nur durch erlangte Aufmerksamkeit konnte dieser Hass wachsen und einen Menschen zum Mörder machen. Typisch ist die Leugnung des Holocaust und der Gedanke „Juden sind an allem schuld“ mit dieser Art von Aussagen wollte der Täter in Foren von Rechtsextremen und Antisemiten weltweit imponieren und bekam sicherlich auch genügend Zuspruch. Weitere Stereotypen sind: Juden handeln nach einem düsteren Plan und Juden sind wohlhabende Kosmopoliten. Minderheiten werden beschimpft, erniedrigt und geschlagen. Man darf aber auch nicht verschweigen, dass letzte Woche ein Syrer mit einem Messer in

■ **Von Ester Limburg-Klaus**
Vorsitzende der jüdischen Kultusgemeinde

der Hand auf Wachmänner vor einer Synagoge in Berlin zulief und eine betagte Frau wurde mit einem Stein beworfen weil sie Hebräisch sprach. Antisemitismus hat keine Hautfarbe und Religion es gibt ihn unter Linken und Rechten, unter Arbeitslosen und Superreichen. Er ist allgegenwärtig seit tausend und mehr Jahren. mit dieser Tat in Halle hat der Juden Hass eine schreckliche Dimension erreicht und es wird einem bewusst wie dünn die Decke der Zivilisation ist. So ein kleiner Mann der Mör-
Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

05.11.		Jusos: Treffen mit OB Florian Janik	Ort wird noch bekannt gegeben	S. 24
12.11.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 23
12.11.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 20
12.11.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Brückenpaulus	S. 20
12.11.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 20
13.11.	15:00	AG 60plus: Filmreihe im Herbst	IG-Metall-Saal	S. 23
13.11.	18:30	Distrikt Anger-Bruck: Distriktsversammlung	Gasthaus: „Goldenes Herz“	S. 17
13.11.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Bürgertreff Berliner Platz	S. 20
13.11.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S. 23
14.11.	20:00	Kreisvorstand	Turnerbund	
19.11.	19:30	Distrikt Frauenaaurach: Distriktsversammlung	Gemeindezentrum	S. 20
19.11.	19:30	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 24
20.11.	19:00	Distrikt Eltersdorf: Distriktsversammlung	Schützenhaus	S. 20
24.11.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
24.11.	12:00	Distrikt Tennenlohe: Gansessen	Schlossgaststätte	S. 20

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Mitarbeiter: Christian Wonnerth
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag 10:00 bis 15:00 Uhr
 Dienstag 10:00 bis 15:00 Uhr
 Mittwoch geschlossen
 Donnerstag 10:00 bis 15:00 Uhr
 Freitag 12:00 bis 14:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzende: Barbara Pfister
 Geschäftsführerin: Nina Riebold
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-218 1
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten:

Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 14:00 bis 17:00 Uhr
 Mittwoch geschlossen
 Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 14:00 bis 16:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen, Fried-
 rich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina
 Ullmann (ku, presserechtlich Ver-
 antwortliche, Anschrift wie oben),
 Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Mu-
 nib Ahga, Dr. Gunther Barth, Stefan
 Barth, Monika Fath-Kelling, Ester
 Limburg-Klaus, Katrin Melzer, An-
 dreas Richter, Mark Schuster

Druck: Gutenberg Druck und Medien,
 Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

der auch ist, er hat seine Ideen nicht aus sich selber, sondern von Einflüsterern, Hetzern und Demagogen, die deutlich erkennbar nicht auf dem Boden unserer freiheitlich, demokratischen Grundordnung stehen, sondern diese Grundordnung verhöhnen, bekämpfen und ganz generell ablehnen. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine Atmosphäre der Angst dazu beiträgt, dass wir unsichtbar werden, fliehen oder nicht mehr zu dem stehen was wir sind: Juden und Jüdinnen der Gemeinde, Bürger von Erlangen und Deutschland. Wir leben unser Judentum und jetzt erst recht. Unsere Feierlichkeiten zu Sukkot und Shabat begehen wir mit größtmöglicher Normalität. Wir können unsere Synagogen und Schulen zu Bunkern bauen, aber ich frage mich, ob so unsere Zukunft aussehen soll. Ich hoffe, dass die Gesellschaft in Deutschland wissen wird, wie sie aus diesem Ereignis lernen kann. Ich hoffe, dass eine Lösung gefunden wird, wie wir dem Übel das hier wächst mehr Aufmerksamkeit schenken und es ändern können. Wir gedenken der Toten von Halle, die dieser schrecklichen, rechtsextremen Tat zum Opfer fielen und sprechen den Angehörigen unser tiefes Mitgefühl aus. Ich bedanke mich für ihr Kommen, ihre Geduld und vor allem ihre Solidarität und hoffe, dass diese Solidarität bestehen bleibt und uns eine Zukunft der Zuversicht, Hoffnung auf eine wahre Demokratie und Frieden geben kann.

Lasst und mehr über den „Green New Deal“ sprechen und weniger über die CO₂-Steuer

■ Von Munib Agha



I. Auf der letzten Klimademo sind wir mit einem „Green New Deal Jetzt“-Schild mitgelaufen. Das habe wir getan, weil wir es sehr bedauerlich finde, dass er im (linken) Diskurs in Deutschland kaum eine Rolle spielt. Dabei müsste solch einer eine zentrale Rolle in der Diskussion zum Klimaschutz einnehmen und nicht eine CO₂-Steuer.

II. Der Name Green New Deal lehnt sich an den New Deal an, mit dem der demokratische US-Präsident Roosevelt in den 30er Jahren die Wirtschaftskrise bekämpfte und damit für Vollbeschäftigung und für eine langanhaltende Phase der Prosperität sorgte.

III. Der Green New Deal erkennt einer-

seits an, dass er eine Chance darstellt gesellschaftliche Ungleichheiten zu beseitigen. Zum anderen ist man sich bewusst, dass man notwendige, radikale Maßnahmen nur durchsetzen kann, wenn man dafür einen gesellschaftlichen Konsens erreicht, den es aber z.B. für die geforderte CO₂-Steuer nicht gibt.

IV. Die zwei Hauptziele des Green New Deals sind zum einen das Erreichen des 1,5 Grad-Ziels, zum anderen eine Gesellschaft in der jede:r ein Recht auf eine Arbeit hat mit einem auskömmlichen Lohn und dabei Zugang zu allen notwendigen Ressourcen/Dienstleistungen (also bezahlbare Wohnung, ein gutes Gesundheitssystem, usw.) hat. Der Green New Deal stellt aber auch eine Chance für eine sozial-ökologische Transformation dar, der auch die Eigentumsfrage stellt: Welche wirtschaftlichen Bereiche müssen primär dem Allgemeinwohl dienen und nicht der Logik der privaten Aneignung?

Green New Deal mit oder ohne CO₂-Steuer?

V. „Den“ Green New Deal gibt es übrigens nicht. Am bekanntesten ist sicherlich der Green New Deal, den die amerikanische Demokratin Alexandria Ocasio-Cortez vertritt, der übrigens komplett auf eine CO₂-Bepreisung verzichtet oder der Green New Deal for Europe, der von verschiedenen progressiven Bewegungen wie Diem25 Germany und Kampagne für eine 4 Tage Woche vertreten wird. Der Green New Deal for Europe sieht dabei die Bepreisung lediglich als eine flankierende Maßnahme, so wie es z.B. auch GreenPeace tut oder die Deutsche Umwelthilfe.

VI. Im Vordergrund des Green New Deals steht ein massives Investitionsprogramm, das insbesondere über die Europäische Investitionsbank finanziert werden soll. Dabei sollen jährlich grü-

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 21. November 2019, 20:00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. „Aktiv gegen Rechtsextremismus“
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner

Philipp Dees

Sandra Radue

ne Anleihen (Green Bonds) in Höhe von 5% des europäischen Bruttoinlandsprodukts emittiert werden. Um Spekulationen zu unterbinden erklärt sich die EZB jederzeit bereit zu intervenieren. Die vorgesehenen Maßnahmen sollen dabei nicht nur durch Anleihen finanziert werden, sondern unter anderem auch durch Abbau klimaschädlicher Subventionen und einer stärkeren Besteuerung von Unternehmen, die in der Produktion besonders klimaschädlich vorgehen.

Green New Deal könnte Vollbeschäftigung für Europa bringen

VII. Die Höhe der Investitionen korreliert positiv mit der Höhe der Beschäftigung. Der Green New Deal bekämpft also nicht nur den Klimawandel, sondern wäre auch wie der New Deal von Roosevelt damals ein Garant für Vollbeschäftigung in Europa. Und um eines klar zu machen: Eine Sozialdemokratie, die den Anspruch verloren hat für Vollbeschäftigung zu sorgen, braucht es nicht. Der Green New Deal Europe macht dabei auch deutlich, dass das Ziel der Vollbeschäftigung ohne Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich nicht erreicht werden kann.

VIII. Investitionen sollen dabei so gelenkt werden, dass sie auch für gleichwertige Verhältnisse auf dem Land sorgen. Die Investitionsentscheidungen sollen nicht auf EU-Ebene getroffen werden sondern auf unteren Ebenen, am besten auf regionaler oder kommunaler. Bürger:innen und insbesondere Umweltorganisationen sollen bei den Investitionsentscheidungen beteiligt werden.

Chinas Konjunkturprogramm als Vorbild?

IX. Was für eine relevante Rolle Investitionen spielen, wenn es um die Bewältigung von Krisen geht, wurde erst vor 11 Jahren wieder sehr deutlich. In vielen Ländern wurden Konjunkturpakete aufgelegt und die Folgen der Weltwirtschaftskrise abzumildern. Das von China auferlegte Konjunkturprogramm stellte dabei jedes Konjunkturprogramm der westlichen Staaten in den Schatten.

Denn Chinas Konjunkturprogramm betrug 448 Milliarden Euro. Gemessen am chinesischen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2008 waren das satte 12,5%.

X. Im Vordergrund stand hierbei nicht nur das Abmildern des konjunkturellen Abschwungs, sondern auch das Verhindern von sozialen Unruhen. Deswegen kann man viele (aber sicherlich nicht alle) getroffenen Maßnahmen auch im Sinne eines Green New Deals interpretieren. Die medizinische Versorgung auf dem Land wurde massiv ausgebaut. 7000 Krankenhäuser wurden gebaut. Zwischen 2008 und 2014 ist das Hochgeschwindigkeitsgleisnetz (schneller als 250 km/h) von 1000 auf 11000 km ausgebaut worden. Von Peking nach Shanghai (1300km) kommt man jetzt in 4,5 Stunden. Den Verlauf der Weltwirtschaftskrise und wie verschiedene

bus ist durch eine aktive Industriepolitik entstanden. Anfang des Jahres hat Bundeswirtschaftsminister Altmaier eine Debatte zur Industriepolitik entfacht. Dabei ging es ihm aber nicht um eine Industriepolitik im progressiven Sinne, sondern um eine Subventionierung von Großkonzernen, damit diese auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig bleiben. Konservative Wirtschaftszeitungen sprachen von Planwirtschaft. SPD, Grüne und Linke wirkten eher planlos, die Gewerkschaften meldeten sich öffentlich nicht zu Wort. In der linken Wirtschaftszeitung OXI erschien ein Beitrag darüber, wie eine progressive Industriepolitik aussehen könnte.

XII. Eine weiterer essenzieller Bereich für den Green New Deal ist der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs, gemeinnützig betriebenes Carsharing, Highspeed-Zugverbindungen. Smart Cities so gestalten, dass die Daten nicht privaten gehören, sondern der Allgemeinheit. Energetische Gebäudesanierungen, aber auch ein (Rück-)Kaufprogramm von privaten Wohnungen. Der Ausbau des öffentlichen Gesundheitssystem v.a. in strukturschwachen Regionen. Umschulungsprogramme für Menschen, die durch die Transformation der Wirtschaft ihren Arbeitsplatz verloren haben. In eine nachhaltige Landwirtschaft ohne Monokulturen, usw.



Staaten und Zentralbanken auf diese reagiert haben beschreibt der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze sehr fundiert in seinem Buch, das letztes Jahr erschienen ist.

Aktive grüne Industriepolitik, Ausbau der Infrastruktur usw.

XI. In welchen Bereichen soll nun grüne Anleihen investiert werden? Im Vordergrund steht dabei eine aktive grüne Industriepolitik, am besten auch in Form einer Förderung von Genossenschaften, Kooperativen und Unternehmen in kommunaler Hand. Eine aktive Industriepolitik wurde in Deutschland schon lange nicht mehr betrieben. Das letzte mal unter der rot-grünen Bundesregierung mit dem erfolgreichen Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG). Aber auch Air-

CO2 Steuer hatte in der Schweiz nicht die erwarteten Lenkungseffekte

XIII. Die Idee einer CO2-Steuer (die ja nur in den Bereichen gelten soll, wo der Zertifikatehandel nicht gilt) finde ich in der Theorie ganz clever, aber sie hat in der Praxis nicht die erwarteten Effekte. Eine CO2-Steuer als Verbrauchersteuer ist auch kein Instrument, das im oben genannten Sinne einer sozial-ökologischen Transformation wirkt und sie wird in den vorgesehenen Bereichen (Verkehr, Gebäude, Konsumgüter usw.) auch nicht die erhofften Wirkungen ha-

ben. In der Schweiz liegt die CO₂-Steuer schon bei über 90 Schweizer Franken, also so um die 85 Euro. Im Gebäudesektor hat die Schweiz mit der CO₂-Steuer aber eine geringere CO₂-Reduktion als Deutschland erzielt, das z.B. bei Neubauten auf strengere Energiestandards setzt. Ordnungspolitische Maßnahmen wirken hier also besser als die Bepreisung. Genauso ist es auch im Verkehrssektor. Das 365-Euro-Ticket ist vor allem so erfolgreich, weil Wien gleichzeitig die Infrastruktur massiv ausgebaut hat und das Parken unattraktiv gemacht hat und nicht wegen der Preissenkung. Darauf hat vor einigen Wochen auch der VCD hingewiesen.

XIV. Außerdem ist eine CO₂-Bepreisung in der geforderten Zielhöhe gesellschaftlich momentan nicht durchsetzbar. Entsprechende Meinungsumfragen legen das auch nahe. Sehr polemisch betrachtet könnten SPD und Grüne es so vertreten: „Hey, wir haben den Kündigungsschutz gelockert, den größten Niedriglohnsektor geschaffen, Kommunen so ausgetrocknet, dass diese ihre Wohnungsunternehmen privatisiert haben und mit HartzIV-Sanktionen haben wir dich in einen schlecht bezahlten Job geprügelt, der 50 km von deinem Wohnort entfernt ist und wir möchten, dass du in Zukunft pro Liter Benzin dafür auch noch 40 Cent mehr zahlst“.

CO₂-Bepreisung regelt eine umweltgerechte Entwicklung nicht von selbst

XV. Bei einem CO₂-Preis von 180 Euro je Tonne wird übrigens das iPhone nicht mal 20 Euro teurer. Keiner wechselt deswegen zu einem Fairphone. Man muss sich deswegen auch klar machen, dass man in vielen Bereichen ohne Gebote und Verbote nicht weiterkommt. Was Smartphones angeht braucht es einen Anspruch auf eine längere Lebensdauer und ein Recht auf günstige Reparatur. Der Aspekt der Recyclebarkeit muss bei Elektronikprodukten höheres Gewicht bekommen. Unnötige Verpackungen müssen verboten werden. Fleischprodukte und Billigflüge sind vor allem deswegen so billig, weil Arbeitnehmer:innen entsprechend ausbeuterisch entlohnt werden.

All diese Punkte und viele andere werden aber viel zu wenig debattiert, weil man sich anscheinend erhofft, dass das alles die CO₂-Bepreisung schon regeln wird. Aus meiner Sicht macht die politische Linke einen großen Fehler, wenn sie sich auf eine CO₂-Steuer beschränkt.

Aktuelles aus dem Rathaus Meldungen aus der Stadtratsfraktion und dem „Rathaus-Report“ der Stadt

Viel mehr als eine Pflichterfüllung: das Gesamtkonzept „Alter neu denken – Teilhabe sichern“ für die Seniorenpolitik in Erlangen wurde beschlossen

Erlangen wächst, und zwar auch an Lebenserfahrung und Altersweisheit: von den aktuell 114.000 Einwohner:innen sind derzeit 23% über 60 Jahre alt. Dabei ist die Anzahl jüngerer Seniorinnen und Senioren ab jetzt wieder rückläufig, der Anteil der Hochaltrigen wird weiter ansteigen: derzeit sind knapp 7000 Erlangerinnen und Erlanger über 80 Jahre alt. Deren Lebensverhältnisse könnten dabei unterschiedlicher nicht sein, und neben wohl geordneten Lebensverhältnissen ist die Altersarmut auch in Erlangen eine Realität, mit der wir uns nicht abfinden wollen. Jeder dieser äl-

ter werdenden Menschen könnte ganz unabhängig von finanziellen oder sozialen Grundbedingungen zukünftig auf Unterstützung und seniorengerechte Angebote in der eigenen Wohnumgebung angewiesen sein. Dem trägt das seniorenpolitische Gesamtkonzept Rechnung, das vom Sozial- und Gesundheitsausschuss begutachtet und im September im Stadtrat beschlossen wurde.

Die Erstellung eines solchen Konzepts ist eine gesetzliche Forderung, die nun auf innovative und zukunftsweisende Art mehr als erfüllt worden ist: es wird

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im November Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 03.11. Friedrich Drechsler
75 Jahre
- 03.11. Ruth Sych
86 Jahre
- 04.11. Herbert Hummich
82 Jahre
- 08.11. Grete Höfer
96 Jahre
- 08.11. Rosemarie Pfister
86 Jahre
- 10.11. Margit Holdschick
80 Jahre
- 19.11. Anton Neubauer
80 Jahre



- 22.11. Lutz Reyher
92 Jahre
- 24.11. Karl-Heinz Gräber
70 Jahre
- 28.11. Erich-Herbert Mondon
80 Jahre

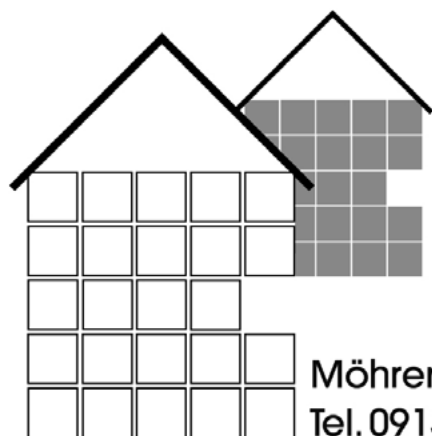
gemeinsam mit den Seniorinnen und Senioren weiter daran gearbeitet werden, dass man in Erlangen möglichst gesund, zufrieden und mit guter gesellschaftlicher Teilhabe älter werden kann. Die politischen Vorarbeiten hierzu gehen bereits Jahre zurück: wir erinnern uns hier an die in diesem Jahr leider verstorbene langjährige SPD-Stadträtin und Seniorenbeirats-Vorsitzende Helga Steeger, deren Eintreten für soziale Gerechtigkeit stets den älteren Bürgerinnen und Bürgern der Stadt gegolten hat. Mit Dr. Florian Janik als OB und gewandelten Mehrheiten im Stadtrat hat die SPD-Fraktion mit Anette Christian als seniorenpolitischer Sprecherin zukunftsorientierte kommunale Senioren-

politik in Erlangen gestaltet, wie sie bereits im Wahlprogramm 2014 benannt worden ist: das Wissen und das Engagement der älteren Generation positiv nutzend soll vor allem selbständiges Leben im gewohnten Wohnumfeld so lange wie möglich gesichert und die erforderlichen Hilfen bereitgestellt werden. Was ihre Bedürfnisse und Wünsche sind, wissen die Betroffenen selbst am besten, und so wurde vom Sozialamt, der Abteilung Seniorenamt und dem Amt für Statistik in einer über zwei Jahre angelegten Phase der Vorarbeit eine repräsentative Befragung der Seniorinnen und Senioren der Stadt durchgeführt, um deren Lebenswirklichkeit im Hinblick auf die Bereiche Wohnen,

Gesundheit, Mobilität, ehrenamtliches Engagement, Soziale Teilhabe und Pflege zu erfassen.

Eine Steuerungsgruppe aus Verwaltung, Politik und Sozialverbänden koordinierte die Arbeit am Teilhabekonzept, Arbeitsgruppen in verschiedenen Stadtteilen luden Bürgerinnen und Bürger ein, sich mit ihrem Erfahrungsschatz und ihren Erwartungen einzubringen. Hierbei hat sich die besondere Herausforderung gezeigt, auch Seniorinnen und Senioren zu beteiligen, die aufgrund ihrer sozialen Lage, ihrer Herkunft und ihrer benachteiligten Lebensverhältnisse noch niemals an solchen Entscheidungsprozessen beteiligt waren.

Dies verweist darauf, wie wichtig auch in Zukunft eine sozialdemokratische Ausrichtung der Seniorenpolitik für Erlangen ist. Ganz besonders wird es nun ein Ziel sein, in den einzelnen Stadtteilen Angebote an Beratung und Hilfe zum eigenständigen Wohnen im vertrauten Umfeld zu verstärken und die Möglichkeiten aufsuchender sozialer Arbeit zu erweitern, damit auch Seniorinnen und Senioren erreicht werden, die nicht von selbst Unterstützung suchen.



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

.....
Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....
Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

.....
Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

.....
Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....
Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 43226
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)

Der Zollhausplatz wird schöner werden

Der Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss hat die Neugestaltung des Zollhausplatzes beschlossen. Die bisherige „Asphaltwüste“ soll beseitigt werden und stattdessen ein attraktiver Platz entstehen. In der „Spitze“ wird dabei ein Pavillon geschaffen, in dem eine WC-Anlage und Buswartebereiche Platz finden; das Dach wird dabei begehbar sein. Weiterhin wird der Platz großflächig entsiegelt und begrünt, um das Grün sollen Sitzgelegenheiten Begegnungsmöglichkeiten schaffen. Entwickelt wurde das Konzept durch ein Planungsbüro gemeinsam mit mehreren Bürgerworkshops, auf denen die Planungen regelmäßig kommentiert und weiterentwickelt wurden.

2020 soll nun die konkrete Ausführungsplanung erarbeitet werden – die noch Zeit braucht, weil für die Begrünung zahlreiche Leitungen verlegt werden müssen. 2021 bis 2022 soll dann der Umbau erfolgen.

„Ich freue mich heute schon auf den umgestalteten Platz“, so SPD-Planungssprecher Philipp Dees: „Auf unseren

Antrag hin ist es gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor allem aus dem Viertel gelungen, einen attraktiven Stadtplatz als Zentrum des Zollhausviertels zu entwickeln. Das sollte Vorbild werden für die Entwicklung weiterer Plätze in der Innenstadt und den Stadtteilen. Denn wir haben noch viel Potential, durch mehr Grün und bessere Gestaltung unsere Plätze lebenswerter zu machen!“ Auch die „Zollhausstadträt*innen“ Munib Agha und Barbara Pfister, die die Workshops begleitet haben, freuen sich auf den neuen Platz: „Mehr Grün tut ‚unserem‘ Zollhausviertel richtig gut!“

Großparkplatz: Planungswettbewerb kommt

Nach dem Bürgerworkshop zur Zukunft des Großparkplatzes hat der Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss die weitere Vorgehensweise beschlossen: Ein 2020 durchzuführender Planungswettbewerb soll Entwürfe liefern, wie der Großparkplatz künftig aussehen könnte. Die dort ausgewählten Entwürfe – ausdrücklich mehrere – sollen dann mit den Bürgerinnen und Bürgern weiter diskutiert werden. Neben weiteren Rahmenbedingungen wie z.B. der StUB-Trasse über das Gelände, der Anfahrt zum Bahnhof und dem Erhalt der dort vorhandenen Parkplätze (einschließlich von Ersatzparkplätzen für wegfallende Stellplätze in der Innenstadt) sollen die Vorschläge aus dem Bürgerworkshop wesentlicher Bestandteil der Wettbewerbsausschreibung sein.

Ein möglicher Nutzer des Geländes zeichnet sich bereits ab: Der Freistaat Bayern möchte dort die Berufsfachschulen für Gesundheitswesen ansiedeln. Diese beim Universitätsklinikum angesiedelten Berufsfachschulen benötigen schon länger einen Neubau. „Mit der Entwicklung des Großparkplatzes können wir also nahe beim Universitätsklinikum auch attraktive Ausbildung für die dringend benötigten Pflegekräfte anbieten“, kommentiert Planungssprecher Philipp Dees die Überlegungen: „Gemeinsam mit den Ideen aus dem Bürgerworkshop kann so ein Quartier entstehen, das die Innenstadt belebt. Jetzt freue ich mich auf die Entwürfe des Wettbewerbs und die anschließende Diskussion darüber!“

Zweckentfremdungssatzung auf den Weg gebracht

Auf Antrag von SPD und Grüner Liste sowie der Erlanger Linken hat nun auch der Stadtrat – nach dem zuständigen Ausschuss im Juli – die Verwaltung beauftragt, eine Zweckentfremdungssatzung zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen. Eine solche Satzung verbietet die gewerbliche Vermietung von Wohnungen z.B. als Ferienwohnungen oder über AirBnB. Auch unbegründeter Leerstand kann dann mit Bußgeld geahndet werden.

„Wir brauchen wirksame Instrumente, damit Wohnungen auch zum Wohnen genutzt werden“, begründete SPD-Wohnungssprecher Philipp Dees den Antrag: „Zwar sind bisher Kurzzeitvermietungen z.B. über AirBnB in Erlangen noch kein so großes Problem wie beispielsweise in München oder Berlin, aber auch bei uns ist eine Zunahme solcher Angebote zu beobachten. Dem wollen wir frühzeitig entgegenzutreten, damit der Wohnungsmangel nicht noch weiter verschärft wird.“ Dabei verbietet die Zweckentfremdungssatzung nicht, einzelne Zimmer zu vermieten oder die Wohnung z.B. in den Semesterferien unterzuvermieten. Untersagt wird das regelmäßige Vermieten ganzer Wohnungen.

Erlangen bei Kinderbetreuungsquoten weiterhin Spitze in Bayern

Die Kraftanstrengungen und Investitionen in Millionenhöhe in Kindertageseinrichtungen haben sich gelohnt. Die neueste Auswertung des bayerischen Städtetags bescheinigt der Stadt Erlangen nämlich beste Bedingungen in der Kinderbetreuung. Mit einer Gesamtbetreuungsquote für Kinder bis zum Grundschulalter von 44,4% liegt Erlangen bayernweit an der Spitze. Mittelfrankenweit liegt die Quote bei 39,1%, bayernweit sind es 35,0%. Im Bereich der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren ist Erlangen in Bayern sogar die einzige Stadt, die eine Versorgungsquote von über 40% schafft. In Mittelfranken sind es nur 29,3%, in ganz Bayern 27,5%. Bei Kindern zwischen drei und sechs Jahren liegt Erlangen sogar bei 99% (Mittelfranken: 93,5%, Bayern: 92,4%). Trotz der im Vergleich zu anderen bayerischen Kommunen hervorragenden Werte besteht weiterhin noch Bedarf. Deswegen sollen in den kommenden drei Jahren weitere 800 Betreuungsplätze geschaffen werden. Damit bis zur baulichen Realisierung der Einrichtungen keine Lücken entstehen, wird in Bruck eine Interims-Kita mit 100 Betreuungsplätzen eingerichtet.

Stärkung der Artenvielfalt – nicht nur die Bienen retten

■ Von Andreas Richter



B. die Grünpflege schrittweise auf naturnahe, extensive Pflege umgestellt“, so Andreas Richter, Fraktionssprecher für Umwelt.

Ein Schwerpunkt der Umweltpolitik der SPD-Stadtratsfraktion Erlangen ist die Stärkung der Artenvielfalt. „Auf unseren Antrag ist die Stadt Erlangen Mitglied im Netzwerk „Kommunen für biologische Vielfalt“ geworden. Nun wird z.

Unter intensiver Bürgerbeteiligung wurde das Grünkonzept der Stadt erstellt und verabschiedet, das Naturschutz und Biodiversität stärken und gleichzeitig Freizeit und Erholung verbessern wird. Die in der Bürgerbeteiligung entstandene Idee, den südlichen Teil der Wöhrmühlinsel einer natürlichen Entwicklung zum Auwald zu überlassen,

wurde mit den Stimmen der Ampelkoalition beschlossen und steht nun zur Umsetzung an.

„Um das Insektensterben zu bekämpfen, haben wir zudem Blühwiesen angelegt und Mittel für eine kommunale Förderung für LandwirtInnen zum Anlegen von Blühstreifen in den Haushalt gestellt. Ebenso haben wir bereits vor dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“ Mahdregelungen für die verpachteten städtischen landwirtschaftlichen Flächen beantragt.

Mit unserer Unterstützung konnte auch ein Verbot von Glyphosat auf städtischen landwirtschaftlichen Flächen verabschiedet werden. In der Grünpflege wird bereits vollständig auf Pestizide verzichtet. Ein Komplettverbot chemischer Pflanzenschutzmittel auf von der Stadt verpachteten landwirt-

schaftlichen Flächen haben wir als SPD als Antrag eingebracht. Ebenso die Förderung der Umstellung auf Biolandbau als zweite Stufe des landwirtschaftlichen ESTW-Wasserschutzvertragsprogramms“, erläutert Richter.

Ebenso beantragt hat die SPD auf einen Vorschlag aus dem Bund Naturschutz hin die Anlage von Biotopverbänden z. B. für die einheimischen Arten Knoblauchkröte und Laubfrosch.

Richter weiter: „Für die Zukunft wollen wir als SPD u. a. den ökologischen Zustand von Erlanger Wasserflächen durch Renaturierungsmaßnahmen erreichen. Ein Beispiel ist hier der Röthelheimgraben. Hierzu gehört auch der Ankauf von Gewässerrandstreifen durch die Stadt, um die Renaturierung zu sichern und durchzuführen. Ebenso eine besonders extensive, nachhaltige Bewirtschaftung

der Weiher im städtischen Eigentum.“ Nicht zuletzt ist das Pflanzen von Bäumen z. B. Im Rahmen der Kampagne „Erlanger Herzenssache – Gemeinsam für unsere Bäume“ ein wichtiger Beitrag für die Biodiversität. Trotz des Absterbens zahlreicher Bäume durch die immer heißer und trockeneren Sommer konnte Stadtgrün neben den ca. 100 nötigen Nachpflanzungen ein Mehrfaches davon an neuen, zusätzlichen Bäumen pflanzen.

„Noch immer auf eine Antwort der zuständigen Regierung von Mittelfranken wartet hingegen unser Antrag, das Naturwaldreservat, also den Kernbereich des Naturschutzgebiets Brucker Lache, in dem keinerlei menschliche Eingriffe stattfinden, auszuweiten“, stellt Umweltsprecher Richter fest.

Energie im Klimanotstand - alles für das 1,5-Grad-Ziel

■ **Von Andreas Richter**



Der Klimanotstand macht es ganz besonders in der eigentlichen Energiepolitik nötig, dem Klimaschutz die Priorität zu geben. Bereits beim Notstandsbeschluss hat der Stadtrat beschlossen, ein Gutachten zu beauftragen, das herausarbeitet, wie und mit welchen Maßnahmen das 1,5-Grad-Ziel in Erlangen erreicht werden kann. Um hier schnell erste Ergebnisse zu erhalten, wird es nun im ersten Schritt ein Kurzgutachten geben, das bis Mitte 2020 schon vorliegen wird.

Der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion Andreas Richter erklärt hierzu: „Aufbauen können wir in der Stadt Erlangen auf dem bereits existierenden integrierten Klimaschutzkonzept. Dieses zeigt bereits eine Vielzahl von Maßnahmen auf, die wir als Ampelkoalition nun auch umsetzen. So haben wir eine Offensive für Klimaschutz und Solare-

nergie verbunden mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit gestartet. In diesem Rahmen wurden die städtischen Fördermittel für Altbausanierung auf ein Mehrfaches angehoben und eine Förderung von Solarthermie eingeführt. Wir wollen nun in den nächsten Jahren eine weitere massive Ausweitung dieses Förderprogramms. Die Verwendung von ökologischen Materialien muss hierbei extra gefördert werden.“

Die Stadt nutzt nun konsequent wo immer möglich ihre Dachflächen für Photovoltaik-Eigenstromversorgung. Nicht selbst genutzte Flächen werden privaten Initiativen angeboten. Mieterstrom wird in einem Pilotprojekt umgesetzt werden. Die Energieplussiedlung in Büchenbach-West konnte erfolgreich realisiert werden.

„In der Weiterentwicklung der jetzt gerade anlaufenden Klimaschutzkampagne für Sanierung und Solarenergie wollen wir auch 1000 Dächer für Photovoltaik gewinnen. Dies entspricht wie die schon laufenden Maßnahmen der von den Umweltverbänden geforderten Solaroffensive. Diese werden wir fort-

setzen“, so Richter.

Darüber hinaus will die SPD ein Heizungsumstellungsprogramm in Form einer Kampagne und einer Förderung zur Umstellung auf energiesparendere Heizungsanlagen, sofern diese CO2-neutral und leitungsgebunden sind, auflegen.

Energiestandards werden in Abwägung gegenüber anderen Zielen auf 30 % besser als die jeweils aktuelle EnEV festgelegt. Bei städtischen Gebäuden ist der Passivhausstandard für Neubau und Sanierung ohnehin Grundsatz. Der Austausch der Straßenbeleuchtung durch LED wird konsequent umgesetzt.

Den Kohleausstieg setzen wir in Erlangen bereits 2021 mit dem Ersatz des Kohlekessels der ESTW durch den Einsatz von Gas und einem BHKW auf dem Siemens-Campus. Das Uni-Südgelände konnte zudem endlich an das Fernwärmenetz angeschlossen werden.

Die Zahl der Elektrotankstellen wird deutlich ausgeweitet. Die ESTW kaufen Elektrobusse. Der Biomüll wird nun zur Energiegewinnung in einer Biogasanlage genutzt.

Beim Neubau der Energiezentrale der Kläranlage wurde der Entwässerungsbetrieb der Stadt Erlangen (EBE) aufgrund seiner Pionierleistungen bei Energiesparmaßnahmen Energieeffizienzgewinner 2019 der Energie-Region Nürnberg.

Nach massiven Investitionen der ESTW in Windenergie in der Region und z. T.

auch weiter entfernt bedeutet die bayerische 10-H-Regelung nun jedoch de facto ein Verbot neuer Windkraftanlagen. Dies erschwert den notwendigen Umstieg auf regenerative Energien erheblich. „Daher müssen wir hier in Zukunft andere Wege gehen. Wir streben als SPD nun eine Kooperation mit anderen bayrischen Stadtwerken an, um

Beteiligungen auch an weiter entfernten liegenden Windkraftwerken umzusetzen“, erläutert Richter.

Einen wichtigen Beitrag zu Energieeinsparung können nach Ansicht der SPD auch Quartierskonzepte zur Sanierung und Energieversorgung leisten. Hierzu sollen die ESTW gemeinsam mit dem Landkreis Erlangen-Höchstadt eine En-

ergiedienstleistungsgesellschaft einrichten. Richter betont hierzu: „Solche Quartierskonzepte zur Sanierung und Energieversorgung müssen mit umfassender Bürgerbeteiligung geplant und umgesetzt werden. Als Vorbild gilt hier für uns die erfolgreiche Bürgerbeteiligung beim Verkehrsentwicklungsplan (VEP).“

Dein Janik - Dein Termin:

Florian Janik im Gespräch

AirBnB ausbremsen

Diesmal traf Florian Janik auf Herrn Bauer aus dem Röthelheimpark. Herr Bauer wohnt dort zusammen mit seiner Frau in einer zwei Zimmerwohnung. Die Wände zu den Nachbarn sind sehr dünn. Dies stellte früher kein Problem dar, da die Familie Bauer sich mit ihren Nachbarn immer sehr gut verstanden. Seitdem diese aber wegziehen mussten hat sich dies geändert. Auf dem Gang sind regelmäßig die Geräusche von Rollkoffern zu hören, manchmal übernachteten in den kleinen Wohnungen auch Familien mit 2 Kindern. Die Ankunft der Personen, die alle nur für sehr kurze Zeit dort wohnten, war häufig erst gegen Mitternacht. Insbesondere Frau Bauer muss deswegen Schlaftabletten nehmen, um überhaupt einschlafen zu können, da der Lärmpegel zu hoch ist.

Schnell war der Familie Bauer klar, dass es sich hier um Vermietungen über Plattformen wie Air Bnb handeln muss. Nach einer Recherche auf den entsprechenden Plattformen haben sich ihre Befürchtungen bestätigt.

Vermietungen über Plattformen wie AriBnb stellen mittlerweile in fast allen Großstädten Deutschlands ein Problem dar. Ursprünglich als Plattform angedacht, um z.B. für Student*innen Couchsurfing anzubieten, werden diese von immer mehr Eigentümer*innen dazu missbraucht um eine höhere Rendite mit ihren Wohnungen als über eine gewöhnliche Vermietung zu erzielen. In dem von Familie Bauer geschilderten Fall hat der Eigentümer sogar ein eige-

nes Gewerbe angemeldet und bietet seine Wohnungen über eine eigene Plattform an.

Familie Bauer hat bisher vergebens versucht gegen den Missbrauch dieses Wohnraums vorzugehen. Deswegen haben sie Florian Janik zu sich eingeladen, um mit ihm über dieses Problem zu sprechen. Zunächst wird Florian Janik versuchen, ob sich kurzfristig über das Bauaufsichtsamt dieses Problem lösen lässt. Falls nicht, wird man es bald über die Zweckentfremdungssatzung tun können: „Der Stadtrat hat in seiner September-Sitzung die Verwaltung beauftragt eine Zweckentfremdungssatzung zu erarbeiten. Sobald diese fertig ist, können wir als Stadt ein Ordnungsgeld gegen den Eigentümer verhängen, sodass sich der Missbrauch des Wohnraums nicht mehr lohnt.“

Die Kooperation zwischen der Stadt und den Studierenden der FAU stärken!

Auf die Einladung der Studierenden aus der Fachschaft Medizin und der Fachschaft Chemie- und Bioingenieurwesen der FAU Erlangen-Nürnberg, besuchte Florian Janik das Gebäude der Studierendenvertretung in der Schuhstraße 19. Grund für die Einladung war der Wunsch nach einer funktionierenden Kooperation zwischen studentischen Initiativen der Uni und der Stadt Erlangen. Innerhalb des Gesprächs wurde schnell klar, dass die Zusammenarbeit

gestärkt werden, aber auch die bisher herrschenden Probleme in der Kommunikation verbessert werden sollen.

Im Keller des Gebäudes der Studierendenvertretung befindet sich das Fachschaftszimmer der Medizin Studierenden. Die Studierenden Kilian Zuber, Josephine Häring, Lisa Heger und Moritz Wicklein waren gut vorbereitet für das Gespräch mit Florian Janik. Getränke, Obst und eine Tafel mit den Planungen für den Bundeskongress der Medizin Studierenden standen im Raum bereit. Die Studierenden schilderten zu Beginn ihre Erfahrungen bei Kooperationen mit der Stadt Erlangen: obwohl von Seiten der Stadtverwaltung die Möglichkeit einer Unterstützung bei studentischen Tagungen in Form von Übernachtungsmöglichkeiten in schulischen Turnhallen zugesagt wurde, stießen sie regelmäßig auf Widerstand durch verschiedene Ämter der Stadt. Die Fachschaftsvertretung betonte ihre Zuverlässigkeit als Kooperationspartner und erklärte, dass sie jede Frist einhielten, stets die Voraussetzungen erfüllten und bei Schwierigkeiten Kompromissbereitschaft aufzeigten. Jedoch wäre die Kommunikation, insbesondere von Seiten des Sportamtes, immer wieder problematisch gewesen. Änderungen und Absagen kämen oft nur kurzfristig, während Antworten ewig auf sich warten ließen und angebotene Alternativen kaum sinnvoll oder realisierbar seien. Die Studierenden stellten klar, dass Sie sich wünschen, als ebenbürtige Kooperationspartner wahrgenommen zu werden und, dass sie sich von der Stadt die

gleiche Zuverlässigkeit erhoffen. Gleichmaßen betonten sie die Wichtigkeit studentischer Veranstaltungen in Erlangen, da die Stadt als Veranstaltungsort nicht nur für Studierende attraktiver werde, sondern auch bundesweit mehr Aufmerksamkeit erlangen würde. Florian Janik nahm diese Kritik auf und versprach den Studierenden, dass er sich intern mit dem Sportamt zusammensetzen und diese Schwierigkeiten beseitigen werde. Gleichzeitig erklärte er, dass es zu wenige Sporthallen in

Erlangen gibt, da viele saniert werden. Wenn neben Vereinen und Schulen auch studentische Gruppen Hallen nutzen, beeinträchtigt dies die Sportinfrastruktur in Erlangen. Deshalb wird der Oberbürgermeister auch ein Gespräch mit der Universitätsleitung der FAU aufsuchen; die Universität hat ebenfalls eine Sporthalle und Liegenschaften, die den studentischen Initiativen bei Tagungen zur Verfügung gestellt werden könnten. Bisher herrscht aus Sicherheitsgründen ein Übernachtungsverbot an der Uni

– Florian Janik erklärt, dass die Stadt Erlangen die gleichen Bedenken hat, aber die Förderung von studentischen Veranstaltungen als wichtig erachtet. Im Gespräch mit der FAU-Leitung möchte er die Argumente der Fachschaft sowie seine Standpunkte zu diesem Thema aufzeigen. Gleichmaßen will er aber auch die Hürden bei der Kooperation der Stadt Erlangen mit der Studierendenvertretung der FAU abbauen, da beide Gruppen viel voneinander profitieren können.

Bericht zur Informationsfahrt nach Berlin vom Montag 30.09. bis Mittwoch 02.10.2019

■ **Von Katrin Melzer**
Distrikt Anger-Bruck

Auf Einladung der MdB Martina Stamm-Fibich machte sich eine kleine Delegation von vier Mitgliedern des Distrikts Anger-Bruck im voll besetzten Reisebus am Morgen des 30.09.19 auf nach Berlin. Das Programm führte uns am Anreisetag in die Gedenkstätte Deutscher Widerstand am historischen Ort des Umsturzversuchs vom 20.07.1944 und in die im räumlichen Zusammenhang stehende Gedenkstätte Stille Helden. Die Dauerausstellung erinnert an einzelne Lebensschicksale, die Entstehung von Netzwerken, Motiven, Zielen und Aktionen einzelner Personen und Gruppierungen im Widerstand. Im Fokus steht der Gedanke, Anregungen für eine nachhaltige Auseinandersetzung mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus und der Frage nach den Handlungsspielräumen jedes Einzelnen zu schaffen. Die Ausstellung möchte sensibilisieren und den Blick für die Verletzungen von demokratischen Grundwerten und Menschenrechten schärfen. Ein Thema, das auch in der heutigen Zeit größter Bedeutung zukommt. Die anschließende Stadtrundfahrt durch Berlin – Schwerpunkt Regierungsviertel rundete den ersten Tag gelungen ab. Der Dienstag startete am Vormittag mit einem Informationsgespräch im Bundesrat. Gut gestärkt ging es nach dem Mittagessen zu einer Führung durch die

Dauerausstellung „Tränenpalast“. Anlässlich des 30. Jahrestages zum Mauerfall am 03. Oktober gewann diese Ausstellung nochmals an Bedeutung. Mit einem Besuch der Ausstellung „Wege, Irrwege, Umwege – Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ endete das Rahmenprogramm des zweiten Tages. Den Abschluss bildete am Mittwoch die Besichtigung des Plenarsaals und Vortrag über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments, Deutscher Bundestag (Reichtagsgebäude). Die geführten Besichtigungen und Ausstellungen waren allesamt gut organisiert, kurzweilig und sehr informativ. Die im Anschluss angekündigte Diskussion mit MdB Martina Stamm-Fibich hinterließ jedoch einen unschönen Eindruck. Der Wehrmutstropfen dieser Reise. Die Diskussion mündete in einem knapp 50minütigen Monolog, der allem voran die politischen Ambitionen der MdB stellte (Landratskandidatur). Von Interesse wäre gewesen, welche Themenschwerpunkte die SPD in der gesamtparlamentarischen Zusammenarbeit setzt und auch voranbringt. Nichts davon wurde vorgetragen. Lediglich das eigene Bestreben, privat Krankenversicherten im Rentenalter die Aufnahme in die GKV zu ermöglichen. Mein Versuch, mit der Abgeordneten in einen Dialog zu treten, wurde harsch unterbunden. Hätte es mich doch interessiert, welche Gründe zu dieser Interessensabwägung gegen die Solidargemeinschaft führten. Argumente, die für eine Aufnahme in

die GKV sprechen, erschlossen sich mir nicht auch wenn mehr als 600 Petitionen aus diesem Kreise bei der MdB eingingen. Klar ist, dass es sich hier um die Klientel handelt, die sich aus persönlichen und wirtschaftlichen Gründen mit Aufnahme der freiberuflichen und selbstständigen Tätigkeit freiwillig aus der Solidargemeinschaft der gesetzlich Versicherten verabschiedete. Denn eine Mitgliedschaft in der PKV ist aufgrund niedrigerem Beitragssatz bei höherem Leistungsumfang in jungen, leistungsstarken Lebensjahren deutlich attraktiver als eine freiwillige Versicherung in der GKV. Ebenso das gesellschaftliche Ansehen. Grenzt man sich doch sichtbar vom gemeinen Volk der versicherungspflichtigen Arbeiterschaft ab. Gleichwohl ist jedem privat Versicherten bei Eintritt in die PKV bekannt, dass sich das Preis-/Leistungsverhältnis im Alter umkehrt. Hierfür gilt es eigenverantwortlich Vorsorge zu treffen oder alternativ den Leistungsumfang auf den Basisarif anzupassen. Eine Aufnahme in die GKV ist meines Erachtens weder angezeigt, sozial, noch gerecht und würde die ohnehin explodierenden Kosten des Gesundheitssystems nur weiter verstärken und die einkommensschwächeren Mitglieder der GKV über Gebühr belasten. Ein Gedankenaustausch wurde von der MdB bedauerlicherweise weder gewünscht noch zugelassen. Von geringem Interesse war auch der ausführliche Vortrag zu den Ursachen und Auswirkungen der AfD-Wahlerfolge und den medialen Anfeindungen

gegenüber Politikern demokratischer Parteien seitens deren Wählerschaft. Ein Zurückdrängen dieser Gruppierung gelingt im Ansatz schon darin, dass man ihnen weniger Aufmerksamkeit zu Teil werden lässt und den Blick auf die eigenen Stärken und Ziele schärft. Wünschenswert wäre daher die Darlegung der SPD-Themenschwerpunkte,

Verhandlungspositionen, Ziele und Erfolge gewesen. Handelte es sich letztlich doch um eine Fahrt auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten. Leider ist dies nicht gelungen. Gerne hätte der Distrikt Anger-Bruck auch sein Anliegen über die unerträgliche Lärmbelastung für die Anwohner entlang der A73 vorgetragen und um

Unterstützung durch die MdB geworben. Auch hierfür blieb weder Raum noch Zeit.

Mit vielen Eindrücken im Gepäck verabschiedeten wir uns gegen 14:30 h von Berlin. Eine Reise, die mit all ihren Gesprächen und Besonderheiten noch lange in Erinnerung bleiben wird.

Religionsfreiheit fördern Antwort auf die verschiedenen Beiträge von Stefan Barth in den letzten Heften

■ Von Dr. Gunther Barth

Regelmäßig kämpft Stefan Barth für die Einschränkung der Religionsfreiheit. Das Grundgesetz schützt sowohl das Recht einzelner zu glauben oder auch nicht, als auch das Recht, seinen Glauben frei zu leben. Diese Grundsätze gelten in Deutschland seit 100 Jahren und stärken das friedliche und gerechte Zusammenleben.

Verfassungsrechtler sprechen von einem Grundrecht der Religionsgesellschaften. Denn die Feier von Gottesdiensten, religiöse Erziehung, Hilfe für Notleidende oder der Bau von Gotteshäusern können einzelne nicht alleine bewältigen. Da dies auch nur teilweise staatliche Aufgabe ist, bedarf es religiöser Gemeinschaften. Das begründet die kirchlichen Sonderrechte als Arbeitgeber. Wer, wenn nicht die Religionsgemeinschaft, kann Grundsätze für die Tätigkeit als Pfarrer*in, Imam oder Religionslehrer*in aufstellen?

Das Recht, Religionsgemeinschaften zu gründen und sich für andere zu engagieren, steht jedem frei. Die Humanistische Union oder der Bund für Geistesfreiheit betreiben wie auch Juden oder Muslime schon lange eigene Kindergärten usw. Die Ausübung mancher Rechte, wie z.B. die Erteilung von Religionsunterricht, hängt daran, wie viele Menschen es in Anspruch nehmen. Damit ist deutlich, dass S. Barths Meinung, Religion sei Privatsache, nicht vom Grundgesetz gedeckt ist.

Dass der Staat säkular sei, meint lediglich, dass sich staatliche Institutionen aus Glaubensfragen heraus halten. Weil aber auch Kranke oder Gefangene das Recht zur Religionsausübung haben, sieht das Grundgesetz vor, dass Religionsgemeinschaften in Krankenhäusern, Gefängnissen, Schulen oder im Militär ihre Dienste anbieten. Auch der Soldat in Afghanistan hat Anspruch auf seelischen Beistand, wenn er ihn sucht, um nicht der Eigenlogik von Krieg und Gewalt zu verfallen.

Die von S. Barth intendierte laizistische Trennung von Kirche und Staat, wie sie z.B. Frankreich praktiziert, ist weit weniger in der Lage, Frieden zwischen Religionsgemeinschaften zu stiften oder ehrenamtliches Engagement zu fördern. Auf drohende Ausfälle im Sozialstaat, wenn die Dienste von Caritas und Dia-

konie beschnitten würden, haben schon einige Leser*innen hingewiesen.

Bund, Land und Stadt tun gut daran, Religionsgemeinschaften zu fördern, da kirchliche Dienste uneingeschränkt allen Menschen zugute kommen. Christen ist es aufgrund ihres Glaubens (!) geboten, Menschen in Not nicht wegen ihrer Religion zurück zu weisen. Um ihre eigenen Grundsätze verwirklichen zu können, müssen kirchliche Arbeitgeber in vielen Fällen nach der religiösen Bindung und Motivation ihrer Mitarbeitenden fragen.

Es gehört zu den Stärken des deutschen Religionsrechts, dass Kirchen auf dunklen Flecken ihres Tuns hingewiesen werden können. Die sachliche Auseinandersetzung tut not und hilft uns allen. Die von S. Barth intendierte Einschränkung der Religionsfreiheit allerdings weist über das Ziel hinaus und zielt auf die Einschränkung von Grundrechten. Seine Argumentation ist dabei inkonsistent und erinnert teilweise an Thilo Sarrazin oder die AfD.

Abschließend sei noch gesagt, dass ich mit Stefan Barth weder verwandt noch verschwägert bin.

Kampf gegen Zigarettenkippen

■ Von Stefan Barth

In dem Umweltportal unserer Stadt steht: "Leben in einer intakten Umwelt gehört zu den grundlegenden Faktoren, welche die Lebensqualität in Städten

und Gemeinden ebenso wie in der gesamten Region bestimmen. Mit dem Erhalt und der Verbesserung der Umweltqualität sind wichtige soziale und ökonomische Ziele verbunden".

Dazu gehören auch Maßnahmen zur Vermeidung von Zigarettenkippen in unserer Umwelt. Dass Zigarettenstummel hochgiftig sind wissen inzwischen

auch viele Raucher und werfen ihre Kippen nicht achtlos weg. Eine Zigarettenkippe enthält nämlich mehrere Tausend schädliche Stoffe, darunter Arsen, Schwermetalle wie Cadmium, Blei und natürlich Nikotin. Die meisten davon sind nicht nur giftig für die Umwelt sondern auch krebserregend. Bei Regen sickern diese gefährlichen Stoffe in den Erdboden und ins Grundwasser und gefährden so unsere Wasserversorgung. Laut Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) vergiftet schon ein einziger weggeworfener Zigarettenstummel schätzungsweise 40 Liter Grundwasser. Die Zigarettenstummeln findet man heute auf Gehwegen, in Gullys, vor Kneipen, an Bushaltestellen, unter Sitzbänken, in Parks, Wäldern und Gewässern. Jedes dritte Stück Plastik in den Ozeanen ist ein Zigarettenfilter und in Städten machen Zigarettenkippen laut einer Studie der Weltgesundheitsorganisation 30 bis 40 Prozent des aufgesammelten Abfalls aus. Der Filter einer Zigarette ist nicht nur randvoll mit über 5000 Giftstoffen, sondern auch aus Celluloseacetat, also Kunststoff, der nicht biologisch abbaubar ist.

Das achtlose Wegwerfen einer Zigarette ist inzwischen eine Ordnungswidrigkeit. Das Delikt hat sogar einen Namen: Unzulässige Abfallentsorgung! Und die wird geahndet. Wer seine Zigarettenstummel einfach auf den Bürgersteig schnippt, riskiert z.B. in Köln ein Verwarnungsgeld in Höhe von 35 Euro. Waldbrände werden meistens durch Menschen verursacht. Deshalb kann eine im Wald achtlos weggeworfene Zigarette viel teurer werden.

ERFREULICHE NACHRICHT: Zigarettenkippen können jetzt in Deutschland recycelt werden. Mario Merella aus Troisdorf hat den Verein Tabaccycle gegründet und sagt den Zigarettenstummeln den Kampf an. Mit einer Vielzahl von Helfern sammelt und recycelt er bundesweit die Raucherhinterlassenschaften. „Ich will, dass künftig keine Zigarettenkippe mehr in der Umwelt landet“, sagt Merella. Das gesteckte Ziel ist hoch, denn Experten gehen davon aus, dass weltweit jede Sekunde mehr als 130.000 Zigarettenkippen in der Natur landen.

Für seinen Kampf gegen die giftigen Kippen baut Merella ständig sein Netzwerk aus. Inzwischen machen bundesweit mehrere Hundert Unternehmen und Privatpersonen beim Sammelsystem von Tobacycle mit. Bisher hat das

Tobacycle-Team rund 5 Tonnen Zigarettenkippen gesammelt. „Alle Zigarettenstummel werden restlos verwertet, inklusive Asche und Giftstoffen. Die gesammelten Zigarettenkippen werden zu einem spritzfähigen Granulat recycelt, aus dem luftdicht verschließbare Be-

hälter für das Tobacycle-Sammelsystem hergestellt werden“, erklärte Merella. Der Umweltstadt Erlangen würde es gut anstehen sich dem Netzwerk von Tobacycle anzuschließen und in der Stadt dafür zu werben.

Aus dem Bauch gesprochen:

... eh wurscht!

■ Von Monika Fath-Kelling



sagt Anna Mayr sinngemäß in ihrem ZEIT-Artikel SPD total.

Im Auftrag der ZEIT hat sie sich als SPD-Groupie versucht und alle 23 Kandidatenkonferenzen besucht. Eine bescheuerte oder eine geniale Idee? So fragt sie jedenfalls rhetorisch ihre Leserschaft die Kandidatenkonferenzen betreffend.

Aber leider nicht treffend und ergeht sich dabei in allen Nischen, die das Klischeebild der SPD hergibt. Von bebildeter Äußerlichkeit: „Die SPD sieht überall gleich aus: Anstecknadel, Krawatte, Sakko, Hemd“ - medientauglicher wäre wohl Schlafanzug und eine rote Knollennase? Und wusstet ihr es schon, es gibt zwei Sorten Sozialdemokraten: „die Enttäuschten, die in der SPD sind, weil sie durch die SPD groß werden wollten, als ein Teil der größten Partei, die jetzt schrumpft und das macht sie wütend“... und die „Ironischen, weil sie Ideale haben“. Wir sind eine „Partei wütender Verlierer“ konstatiert sie, die in guten Momenten über sich selbst lachen kann, in schlechten Momenten lachen die anderen. Zugegeben ich habe ob dieser Analyse schon gezuckt. Aber sofort ist mir das Sprichwort „Wer zuletzt lacht lacht am besten“ durch den Sinn gefahren und „Wer nichts wagt, der Nichts gewinnt!“

Dass das Auswahlverfahren für unsere neue Parteiführung ein gewagtes Experiment ohne Netz und doppelten Bo-

den ist: Ja, das ist dem -teils auch herbeigeschriebenen- „Zustand“ der SPD geschuldet. Überhöhte Erwartungen, das Vorbild alter „Götter der Sozialdemokratie“ kollidiert mit dem profanen Wunsch nach „Bodenständigkeit“. Leider wird dem „kleinen Mann“ allgemein nur Kleingeistigkeit, -wenns hoch kommt- Mittelmaß und Borniertheit zugetraut., Es kann ja wohl nicht sein, dass kleine Leute auch groß träumen und denken könnten. Diesen Spagat zu bewältigen wird seit Willy Brandt niemandem mehr zugetraut. Schade eigentlich. Wenn dann doch so etwas wie Begeisterung aufkommt gibt es ungläubiges Staunen draußen und innerparteilich ein bisschen Scham, als wenn man mal wieder einen über den Durst getrunken hat. Und doch haben die 23 Veranstaltungen gezeigt, dass eben doch noch nicht aller Tage Abend bei uns ist. Über 3500 Neueintretende beweisen und belohnen zumindest den Neuanfang die Vorsitzendenwahl unserer Partei an neuartige Kriterien zu knüpfen. Ich persönlich finde allerdings ausgesprochen schade, dass nach wie vor der männliche Zustrom doppelt so groß ist, als der von weiblicher Seite.

Ob am Ende Scholz/Gleywitz wie von Anna Mayr geunkelt das Rennen machen werden ist noch offen zum Zeitpunkt, an dem ich diese Kolumne schrieb, ich jedenfalls habe mein Herz und meine Stimme einem anderen Duo geschenkt. Persönlich haben mich die 23 Kandidatenkonferenzen stark an meine Zeit im Theater erinnert: eine Premiere und dann 3 Monate lang 30 mal die gleiche Chose... Da juckt es einen schon einmal für die letzte Vorstellung einen be-

sonderen Gag einfallen zu lassen und die Kollegen zu überraschen... Es muss ja nicht zwangsläufig in einem Riesengelächter des Publikums enden und einer auf dem Fuß folgenden Abmahnung durch die Theaterleitung!

Am Ende ist doch wieder alles im Grünen Bereich, falls man heutzutage noch von einem solchen sprechen mag. Was den Artikel von Anne Mayr angeht hat sie irgendwann, irgendwie, gegen Ende der 23 Veranstaltungen, doch noch die

Kurve gekriegt und sich mit der Sache der SPD „angefreundet“. Jedenfalls ist am Ende keine Häme und kein Ressentiment mehr spürbar, sondern so etwas wie sympathisierendes Daumendrücken für ein Gelingen des Unmöglichen.

70 Jahre Grundgesetz

Wahlen und Abgeordnete

Abgeordnete sind allein ihrem Gewissen unterworfen? Die Wahrheit ist deutlich komplizierter.

■ Von Mark Schuster



Verfassungsjubiläen sind Momente des Innehaltens. Sie sind für eine politische Gemeinschaft nicht nur Anlass für eine vergangenheitsorientierte Bestandaufnahme. Mit ihnen verbindet sich vielmehr die Frage, wie die Gemeinschaft ihre eigene Zukunft gestalten will. Am 23. Mai, dem Tag der Verfassung, haben wir nun den 70. Jahrestag der Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, dem Grundgesetz, gefeiert. Am 31. Juli steht schließlich mit 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung das größte Jubiläum an, bevor sich am 9. November der Fall der Berliner Mauer zum 30. Mal jährt. Dementsprechend ist für mich das Jahr 2019 das Jahr der Verfassungen.

Es dürfte kaum einen Satz im Grundgesetz geben, der in einem größeren Widerspruch zur Realität zu stehen scheint als dieser. Die Abgeordneten seien „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“, heißt es in Artikel 38. Und doch schnürt eine Vielzahl an Regeln den Freiraum der Parlamentarier ein. Wie eng das Korsett ist, in dem Abgeordnete leben, zeigt sich besonders deutlich, wenn die Fraktionsspitzen ausnahmsweise ein Thema zur Gewissensfrage erklären und die Abstimmung dazu „freigeben“

– wie in der Debatte um Organspenden oder um die gleichgeschlechtliche Ehe. Mit dem Wort „freigeben“ stehen die Fraktionschefs ja ein, dass die anderen Abstimmungen zumindest weniger frei sind.

In der Geschichte des Bundestags hab es viele Situationen, in denen der Widerspruch zwischen dem Gewissen des einzelnen Abgeordneten und den Zwängen des Regierungsbetriebs offenbar wurde. Aber nie dürfte sich dieser Konflikt so deutlich gezeigt haben, wie am 16. November 2001, auch wegen der Tragweite der Entscheidungen, um die es damals ging.

Die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon liegen an diesem Tag erst zwei Monate zurück. Seit Anfang Oktober bombardieren die Amerikaner in Afghanistan Stellungen des Taliban-Regimes und der Terrorgruppe al-Qaida. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) will, dass Deutschland die USA im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ unterstützt. Es geht vor allem um Marine am Horn von Afrika, ABC-Abwehrkräfte in Kuwait und 100 Mann vom Kommando Spezialkräfte (KSK) für den Einsatz in Afghanistan. In Schröders rot-grüner Koalition gibt es jedoch (glücklicherweise) erheblichen Widerstand. Viele Abgeordnete lehnen aus Gewissensgründen Kriegseinsätze ab. Schröder entscheidet sich deshalb dafür, sein Amt auf Spiel zu setzen: Er kündigt an, die Abstimmung über den Einsatz am 16. November mit der Ver-

trauensfrage zu verbinden. Und damit beginnen für viele Abgeordnete von SPD und Grünen die aufwühlendsten Tage ihrer Karriere.

Die Sozialdemokraten, die den Einsatz ablehnen, werden von ihrer Führung nach allen Regeln der Kunst bearbeitet. Am Ende bleibt nur die Abgeordnete Christa Lörcher bei ihrem Nein. Sie tritt aber aus der SPD-Fraktion aus, ihre Partei hatte sie zuvor zum Mandatsverzicht aufgefordert. Bei den Grünen kündigen acht Abgeordnete an, gegen den Einsatz zu stimmen – wegen der knappen Mehrheit der Koalition würde Schröder seine Vertrauensfrage damit verlieren. In der Nacht vor dem Votum verständigen sich die acht Grünen dann jedoch darauf, dass vier von ihnen mit Nein stimmen – vier aber mit Ja, um die Koalition zu retten. Als am 16. November im Bundestag über die Vertrauensfrage abgestimmt wird, erhält Schröder 336 Stimmen – zwei mehr als nötig. Christian Ströbele, einer der acht Grünen, nennt das Ringen um die Entscheidung ein „Fast-Martyrium“. Die Domestizierung des Gewissens der Volksvertreter durch den Kanzler hat viele Grüne verletzt. Manche haben Tränen in den Augen.

Aber auch in der SPD liegen die Nerven blank. Das zeigt sich ausgerechnet an den Reaktionen auf eine versöhnliche Geste. Christa Lörcher geht nach der Abstimmung zu Schröder und schüttelt ihm die Hand. Sie hat das Votum verloren, ist aber froh, dass der Kanzler nicht

gestürzt wurde. Schröder nimmt sie in den Arm – zum Entsetzen seines Fraktionschefs Peter Struck. Der denkt daran, wie schwer sich andere die Zustimmung gemacht haben. Und dass die Koalition am Ende gewesen wäre, wenn sich drei weitere Sozialdemokraten wie Lörcher verhalten hätten. Und jetzt adelt ausgerechnet Schröder Lörcher mit einer Umarmung? „Sach mal, spinnst du?“, sagt Struck später zu seinem Kanzler.

Dieser Tag zeigt zwar, dass die Vorgabe des Grundgesetzes, dass Abgeordnete nicht an „Aufträge und Weisungen gebunden“ sind, formal eingehalten wird. Lörcher und die Grünen-Abgeordneten konnten ja trotz des gegenteiligen Wunsches ihrer Fraktionsspitzen mit Nein stimmen – entgegen weitverbreiteter Meinung gibt es im Bundestag keinen Fraktionszwang. Der Fall offenbart aber auch, dass es mit der Gewissensfreiheit in der Praxis nicht so einfach ist, wie es das Grundgesetz suggeriert. Denn es gibt jede Menge Konsequenzen, die Abweichler fürchten müssen.

Lörcher und alle acht Grünen-Abgeordneten waren über Listen ihrer Parteien ins Parlament gewählt worden. Sie mussten befürchten, bei der nächsten Wahl nicht mehr aufgestellt zu werden.

Und sie wussten, dass unterhalb einer derartigen harten Reaktion auch viele andere Sanktionen möglich sind. Abweichendes Verhalten wird selten goutiert. So sorgte die Unionsfraktion nach der Bundestagswahl 2013 dafür, dass der CDU-Abgeordnete Klaus-Peter Willsch seine Mitgliedschaft im Haushaltsausschuss verlor. Bis dahin war er sogar Obmann seiner Fraktion in dem wichtigen Gremium gewesen. Aber Willsch hatte mehrmals gegen die Euro-Rettungspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel gestimmt – und seine Fraktionsspitze damit verärgert. „Wenn Sie gegen den Strich bürsten, dann wissen Sie, dass sie was riskieren“, hat Willsch damals zu seinem Rauswurf gesagt.

Die Zuchtmeister in England „whips“. Das trifft den Job ganz gut

Die parlamentarischen Geschäftsführer haben die Macht, nicht nur Abgeordnete bei der Ausschussbesetzung unbeachtet zu lassen, sondern auch um ihre Auftritte im Plenum zu bringen. Denn sie legen fest, wer aus ihrer Fraktion im Bundestag reden. Das musste während der schwarz-gelben Koalition Willsch und der FDP-Abgeordnete Frank Schäffler erleben. Die beiden hatten gegen die Euro-Rettungspolitik opponiert. Ihre

Fraktionen wollten sie deshalb nicht im Bundestag sprechen lassen. Dass sie 2011 in der Debatte über den Euro-Rettungsfonds EFSF trotzdem reden durften, lag nur am Bundestagspräsidenten. Volker Kauder, damals Chef der Unions-Fraktion, tobte: „Wenn alle reden, die eine von der Fraktion abweichende Meinung haben, bricht das ganze System zusammen“. Willsch und Schäffler befanden dagegen: „Ein lebendiges Parlament braucht Abgeordnete, die den Mut zur eigenen Meinung haben und diese äußern.“

Doch wie sollen Koalitionen funktionieren, in denen jeder Abgeordnete macht, was er will? Allein in der vergangenen Legislaturperiode hat der Bundestag mehr als 550 Gesetzesvorhaben verabschiedet. Die kann man nicht alle mit allen Abgeordneten ausdiskutieren, ohne den Betrieb weitgehend lahmzulegen. Die Fraktionen haben sich deshalb Regeln gegeben. Es gibt zwar keinen Fraktionszwang, aber es wird „Fraktionsdisziplin“ verlangt. Die Unions-Fraktionen hat das in ihrer „Arbeitsordnung“ festgelegt.

Was mit denen passiert, die eine abweichende Meinung bei der Fraktionsspitze der Union ankündigen, hat der

Profitieren Sie von der Erfahrung des größten Immobilienmaklers in der Region.

Zuhause ist einfach.



sparkasse-erlangen.de/immobilien

Sie beabsichtigen Ihre Immobilie zu verkaufen?

Wir suchen Häuser, Wohnungen und Grundstücke für vorgemerkte Kunden.

Immobilien kaufen und verkaufen ist Vertrauenssache!

Unsere qualifizierten Berater werden Sie gerne umfassend beraten. Rufen Sie uns einfach an: 09131 824-2288.



Stadt- und Kreissparkasse
Erlangen Höchststadt Herzogenaurach

Erste Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer, einmal sehr anschaulich beschrieben. Grosse-Brömers Kollegen in London und Washington heißen „whips“, also Einpeitscher. Und das trifft es ganz gut. Grosse-Brömer ist dafür verantwortlich, dass die Unionsfraktion geschlossen abstimmt.

Mit Zweifeln treffe er sich in den hinteren Reihen des Bundestags oder in der Cafeteria des Parlaments, erzählte er. Zuerst höre er sich die Argumente des Kollegen an. Das sei immer ein freundschaftliches Gespräch. Dann weise er vor allem die jüngeren Kollegen darauf hin, dass sie auch nur eine persönliche Erklärung mit ihrer Kritik abgeben könnten, statt mit Nein zu stimmen. Wenn das nicht hilft, empfiehlt Grosse-Brömer möglichen Abweichlern schon mal, dass sie während der Abstimmung im Plenum auf auch einen Kaffee trinken gehen können. Und wenn sie partout mit Nein stimmen wollten, müssten sie sich ja nicht unbedingt in die erste Reihe setzen, wo es jeder sehe.

Aber wie verträgt sich die eingeforderte Fraktionsdisziplin mit dem Grundgesetz? Ein Fraktionszwang würde eindeutig gegen Artikel 38 verstoßen. Aber schränkt sich nicht auch eine Fraktionsdisziplin dessen Vorgabe ein, Abgeordnete dürfen „nur ihrem Gewissen unterworfen“ sein?

Die Wissenschaftliche Dienste des Bundestages sehen darin kein Problem. In einer auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gestützten Ausarbeitung verweisen sie darauf, dass das Verhältnis der Abgeordneten zu ihrer Fraktion „von der Besonderheit geprägt“ sei, dass die politische Einbindung der Abgeordneten in ihre Fraktionen und Parteien „verfassungsrechtlich erlaubt und gewollt ist“. Das trage der „Tatsache Rechnung, dass die von Abgeordneten in Ausübung ihres freien Mandates gebildeten Fraktionen für die parlamentarische Arbeit unverzichtbar sind“. Um den Fraktionen die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, werden „ihnen die Befugnis zugestanden, ein möglichst geschlossenes Auftreten im Parlament durch Verfahrens- und Verhaltensregeln herbeizuführen“. Deshalb sei es zulässig, wenn sie Fraktionsdisziplin „üben und einfordern“.

Eines machen jedoch auch die Juristen des Bundestags klar: All das gelte nur „unter Wahrung der letztlichen Entscheidungsfreiheit“ der Abgeordneten.

70 Jahre Grundgesetz

Bundespräsident

Die eher machtlose Stellung des Bundespräsidenten ist Ergebnis der schlechten Erfahrungen aus der Weimarer Republik. Doch mehrere Männer im höchsten Staatsamt wussten dessen Bedeutung deutlich zu erhöhen

■ Von Mark Schuster



Verfassungsjubiläen sind Momente des Innehaltens. Sie sind für eine politische Gemeinschaft nicht nur Anlass für eine vergangenheitsorientierte Bestandaufnahme. Mit ihnen verbindet sich vielmehr die Frage, wie die Gemeinschaft ihre eigene Zukunft gestalten will. Am 23. Mai, dem Verfassungstag, haben wir nun den 70. Jahrestag der Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, dem Grundgesetz, gefeiert. Am 31. Juli steht schließlich mit 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung das größte Jubiläum an, bevor sich am 9. November der Fall der Berliner Mauer zum 30. Mal jährt. Dementsprechend ist für mich das Jahr 2019 das Jahr der Verfassungen.

Walter Scheel war der einzige Bundespräsident, der auch mal Bundeskanzler war. Dieser Satz klingt zunächst wie eine mittelmäßige Erfindung – wann hätte die FDP jemals einen Bundeskanzler gestellt? –, aber er ist dennoch wahr. Und gleichzeitig erzählt er ein wenig von Bundespräsidenten und deren Geschichten(n). Scheel war im Jahre 1974 Außenminister und Vizekanzler. Nach dem Rücktritt Willy Brandts wurde er kommissarischer Kanzler, da Brandt sich geweigert hatte, den Posten bis zur Wahl Schmidts die Amtsgeschäfte fortzuführen.

Verspottet als „Staatsnotar“ Das Grundgesetz räumt dem Bundespräsidenten einerseits einen hohen

Status ein. Er repräsentiert das Land als Staatsoberhaupt; er war – bisher gab es nur männliche Bundespräsidenten – in gewissem Sinne der Herr Deutschland. Andererseits sind seine Befugnisse gering; weswegen der Bundespräsident leicht pejorativ auch gerne mal als „Staatsnotar“ bezeichnet wird. Er ernennt und entlässt die Mitglieder der Bundesregierung, fertigt Gesetze aus, wie es im Artikel 82 GG heißt, die sonst nicht in Kraft treten können, und beglaubigt die Akkreditierung ausländischer Diplomanten.

All diese Dinge gehören zu den Aufgaben des Bundespräsidenten, aber seine eigenen Möglichkeiten der Einwirkung darauf sind sehr begrenzt. Zum Beispiel kam es seit dem Amtsantritt des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss in 70 Jahren nur acht Mal vor, dass ein Bundespräsident ein Gesetz nicht sofort ausfertigte, weil er Bedenken hegte („Ausfertigen“ schließt die mehr oder weniger tiefgehende Prüfung eines Gesetzes sowie den Akt der Gegenzeichnung, das Unterschreiben durch den Präsidenten ein).

Bei den sehr wenigen strittigen Fällen ging es nicht um intensive Kontroversen, welche die Bevölkerung umgetrieben hätten; im Vordergrund standen Verfahrensfragen während der Gesetzgebung oder unterschiedliche Ansichten über Gesetzgebungskompetenzen im föderalen System. Staatsrechtler finden diese Fälle interessant, auch wie sie Hinweise zur genaueren Betrachtung von Wesen, Amtsverständnis und Möglichkeiten des Bundespräsidenten geben. Die repräsentativ machtvolle, tatsäch-

lich eher machtlose Stellung des Herrn Deutschland hat, wie so manches im Grundgesetz, mit den Erfahrungen der Weimarer Republik und der Nazizeit zu tun. Anfänglich gab es im Konvent von Herrenchiemsee und später im Parlamentarischen Rat nicht einmal Einigkeit darüber, ob man überhaupt einen Präsidenten vorsehen sollte. Die Mehrheit entschied sich dann aber doch für die Einrichtung des in erster Linie repräsentativen Amtes. Ausschließlich für die Wahl des Präsidenten wurde die Bundesversammlung eingeführt, die aus den Abgeordneten des Bundestages und einer ebenso großen Anzahl von Delegierten, die von den Landesparlamenten entsandt werden, besteht. Auch wegen der für die Entstehung der Nazi-Herrschaft verhängnisvollen Rolle des direkt vom Volk gewählten Rechtspräsidenten in der Weimarer Republik setzte man auf die Bundesversammlung als föderales Wahlorgan des neuen Staats. Und natürlich wurde dem Bundespräsidenten weder ein Notverordnungsrecht eingeräumt noch kann er freihändig dem Bundestag auflösen.

Überparteilich, auch wenn es schmerzt. Die Idealvorstellung, der Bundespräsident stehe über den Parteien und über dem politischen Getriebe, ist genau das: eine Idealvorstellung. Die Suche nach einem geeigneten Kandidaten, der auch die stets zu berechnende oder wenigstens zu prognostizierende Mehrheit in der Bundesversammlung erhält, war, vielleicht mit Ausnahme von Theodor Heuss und der zweiten Amtszeit Richard von Weizsäckers, jedes Mal auch ein partei- und koalitionspolitisches Kunststück. Zum Zuge kamen entweder Leute, welche die politischen Ambitionen der in Bundestag, Parteien und Regierung aktiven Hauptakteure nicht beeinträchtigten – Heinrich Lübke, Karl Carstens, Christian Wulff. Oder es wurden Kandidaten aufgestellt (und gewählt), die eben auch einen bevorstehenden Regierungswechsel symbolisieren sollten: Gustav Heinemann und Horst Köhler. In der Bundesversammlung entstehen bei einem politischen Stimmungswech-

sel im Land immer wieder Minderheiten, die es so im Bundestag allein noch nicht gibt. Beispiel Horst Köhler: Zwar bestand 2004 im Bundestag noch eine rot-grüne Mehrheit; in den Ländern aber hatte die SPD deutlich verloren, und Union sowie FDP hatten wegen der umstrittenen Politik der zweiten Regierung Schröder zugelegt. Dies führte dazu, dass in der Bundesversammlung Köhler als Kandidat von Union und FDP deutlich gegen die von SPD und Grünen aufgestellte Gesine Schwan gewann.

Im politischen Betrieb spielt der Bundespräsident, so wie es auch das Grundgesetz will, eine eher geringe Rolle – es sei denn, er löst als Folge einer schweren Regierungskrise den Bundestag auf, so wie das bisher dreimal geschah (1972, 1983, 2005). Jenseits dessen hat er die Kraft des Wortes – wenn er sie denn wirklich hat oder nutzen weiß. Nicht alle Bundespräsidenten waren (oder sind) große Redner, manche allerdings sind im Amt gewachsen. Manche auch nicht.

Die Kraft des Wortes und die Stärke der eigenen Überzeugung kann den Bundespräsidenten sehr gelegentlich auch zu einem wirklich influencer in der Politik machen. Frank-Walter Steinmeier zum Beispiel brachte seine eigene Partei, die SPD, nach dem Scheitern der Jamaika-Koalitionsgespräche im Herbst 2017 dazu, noch einmal die große Koalition zu probieren. Gewiss, das Grundgesetz räumt dem Bundespräsidenten in Situationen wie der damals nicht unerhebliche Gestaltungsmöglichkeiten ein. Steinmeier hätte immer immerhin die Wahl gehabt, Neuwahlen anzusetzen oder eine Minderheitsregierung ins Amt zu bringen. Sein wichtigstes Druckmittel aber war die Macht des Appellativen. Wer Steinmeier ein wenig kennt, der weiß, dass er weder ein Charismatiker ist noch ein so selbstbewusster Regent, wie Weizsäcker es war, der das Amt nach seinem Bilde zu formen verstand. Dennoch hat Steinmeier mit der Erfahrung eines politischen Organisators bei seiner Überzeugungsoperation die verborgene Macht dieses Amtes zu nutzen verstanden. Hier gewannen Worte politische Wirkungskraft.

Das Grundgesetz versteht den Bundespräsidenten als den Repräsentanten der Republik. Dabei geht es eigentlich nicht um die Repräsentanz der Politik oder gar der jeweiligen Mehrheitsverhältnisse, die ohnehin in Bund und Ländern, in Bezirken und Kommunen höchst unterschiedlich sind. Im besseren Fall

spiegelt der Amtsinhaber die Lage des Landes in dem Sinne wieder, dass er Entwicklungen aufgreift, Debatten, wenn nicht anstößt, so doch mit führt und ostentativ das Gespräch mit vielen, sehr unterschiedlichen Menschen sucht, die letztendlich „Deutschland“ sind.

Auch wenn eine solche Bewertung notgedrungen subjektiv sein muss, hab es drei, eigentlich vier herausragende Bundespräsidenten, von denen jeder in gewisser Weise für eine Epoche oder wenigstens für eine Entwicklung der Republik stand.

Da war einmal Theodor Heuss, der die Gründungshase der Republik verkörperte; ein schwäbischer Intellektueller, noch im 19. Jahrhundert geboren, der wie so viele andere in dieser Zeit von der deutschen Geschichte gebrannt war. Der zweite und der dritte der besonderen Präsidenten waren Gustav Heinemann und Richard von Weizsäcker. Heinemann, ein überzeugter Christ, der als erster Präsident wirklich versuchte, Bürgernähe zu leben, war der Bundespräsident des allmählichen Wandels in Deutschland, der sich politisch durch die Abwendung vom CDU-Staat hin zur sozial-liberalen Koalition ausdrückte.

Weizsäcker wiederum, ein konservativer Herr und kriegsgedienter Offizier, verstand es, die Verantwortung Deutschlands für seine Geschichte immer wieder zu thematisieren. Er stand mit zunehmender Amtsdauer dem „Parteienstaat“ immer skeptischer gegenüber, was auch mit seinem distanzierten Verhältnis zu den in dieser Zeit dominierenden CDU-Chef und Kanzler Helmut Kohl zu tun hatte. Und Weizsäcker war der Präsident der deutschen Vereinigung.

Der Vierte in diesem Bunde war Joachim Gauck. Der Pastor aus Ostdeutschland nervte zwar manchmal mit seiner moralschweren Freiheitsliebe. Aber Gauck stabilisierte nach den zwei Rücktritten der Präsidenten Christian Wulff und Horst Köhler das Ansehen des Amtes wieder. Er tat dies auch, weil er es verstand, als Ostdeutscher ein gesamtdeutscher Präsident zu sein. Hätte er eine zweite Amtszeit gewollt, wäre er heute noch Präsident.

Das nächste Mal tritt, falls nichts Unvorhersehbares geschieht, die Bundesversammlung 2022 zusammen. Wer da gewählt werden wird, weiß man nicht. Allerdings wäre eine erste Bundespräsidentin mehr als nur ein Zeichen, es wäre Frau Deutschland.

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel

Dezember/Januar 2019

20. November 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
Distriktversammlung

**am Mittwoch, den
13.11.2019 um 18:30 Uhr**

im Gasthaus „Goldenes Herz“

Ecke Schorlachstraße / Felix-Klein-Stra-
ße.
Für den Vorstand
Klaus Spinnler

■ Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzende:
Gabriele Greiff-Capell

Versammlungsprotokoll Distrikt Anger
– Bruck

Datum: 09.10.2019 Uhr: 18:00 Ende:
19:15 Ort: Angerwirt Protokollführer:
K. Spinnler

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde besprochen
und genehmigt.

TOP 2 Information aus den jüngst ver- gangenen Terminen

- Auf Einladung der MdB Martina Stamm-Fibich machte sich eine kleine Delegation von vier Personen aus dem Distrikt Anger-Bruck im voll besetzten Reisebus am 30.09.2019 auf nach Berlin. Es erfolgte eine eindrucksvolle Rückschau der Reise durch 3 anwesende Reisemitglieder. Einen ausführlichen Bericht wird es hierzu im Monatsspiegel November geben.

- Die Tagesordnungspunkte aus der letzten Sitzung wurden kurz nochmals angesprochen

TOP 3 Wünsche/Anregungen und Infor- mationen

- Die 8 Niederschriften der vergangenen Stadtteilbeiratssitzungen wurden zur Ansicht zur Verfügung gestellt. In der Vergangenheit gab es 3 Sitzungen im KJ 2017 und 2018. Für 2019 steht die 3.

Sitzung am 15.10.2019 um 18:30 im Ge-
meindesaal St. Peter und Paus in Bruck
für den Stadtteil Anger-Bruck an. Eine
exakte Auflistung der gestellten Anträ-
ge von 2017 bis dato mit jeweiligen Sta-
tus wird aufgearbeitet und in der näch-
sten Sitzung zur Diskussion gestellt.

- Der Antrag auf Ausschluss von 2 Ge-
nossen aus der SPD wurde einstimmig
beschlossen. Begründung: Es erfolgte
seit 2 Jahren kein Zahlungseingang des
Mitgliedbeitrages trotz mehrmaliger
schriftlicher Aufforderung. Von beiden
Mitgliedern ist keine Reaktion auf die
Anschreiben erfolgt.

- Der Genosse D. B. ist aus der SPD aus-
getreten.

- Der Genosse R. J. ist umgezogen und
nicht mehr im Distrikt

- Nächste Stadtteilbeiratssitzung Di-
strikt Anger-Bruck ist am 15.10.2019 um
18:30 im Gemeindesaal St. Peter und
Paul in Bruck.

- Der Startzeitpunkt der Distriktver-
sammlung Anger-Bruck wurde noch-
mals angesprochen und auf 18:30 ver-
legt.

- Auf Wunsch soll der Versammlungsort
für die Bezirke Anger und Bruck ausge-
wogen sein. Der nächste Termin findet
aus diesem Grunde am Mittwoch, den
13.11.2019 im Gasthaus „Goldenes Herz“
in Bruck Ecke Schorlachstrasse / Felix-
Klein-Strasse um 18:30 statt.

Protokoll der Distriktversammlung
vom 09. Okt. 2019

Tanja Amon begrüßt die Mitglieder
recht herzlich. Die Tagesordnung wurde

frist- und formgerecht an alle Mitglieder
verschickt.

Einzigster Tagesordnungspunkt ist die
Diskussion und Beschlussfassung über
das kommunalpolitische Programm für

■ Distrikt Dechendorf

Vorsitzende:
Tanja Amon
tut.amon@gmx.de

den Stadtteil Dechsendorf für die Kommunalwahl am 15. März 2020.

Nach der Diskussion wird folgendes Kommunalwahlprogramm beschlossen:

Wohnen in Dechsendorf

In Dechsendorf besteht ein steigender Bedarf an Wohnraum für junge Familien, die im Stadtteil bleiben wollen. Daneben gibt es auch Seniorinnen und Senioren, die Wohnraum für Veränderungen suchen (barrierefreie Wohnungen).

Die vielen Baulücken (PS: in Dechsendorf gibt es die meisten Baulücken in Erlangen) bieten die Möglichkeit für Wohnungen in mehrgeschossigen Wohngebäuden. Nach dem Baugesetzbuch (§ 176) gibt es die gesetzliche Grundlage, dass die Grundstücke innerhalb einer zu bestimmenden Frist bebaut werden müssen.

Im Vorfeld einer Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes ist ein Stadtteilentwicklungskonzept für Dechsendorf zu erstellen. Die Erarbeitung der Ziele für die Ortsentwicklung muss unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und des Ortsbeirates erfolgen.

Nahversorgung

Dechsendorf ist mit Einkaufsmöglichkeiten unterversorgt. Eine Teilversorgung wird durch eine Bäckerei und eine Metzgerei im Ortszentrum gesichert. Nach dem Bebauungsplan können an der Weisendorfer Straße Gewerbe und Wohnungen errichtet werden. In der Detailplanung ist ein Lebensmittelladen oder Dorfladen für die Grundversorgung mit einzubeziehen. Im Vorfeld ist zu prüfen, ob von Seiten der Caritas oder Diakonie Interesse besteht, die Trägerschaft zu übernehmen.

Im Einsatz (seit 09.01.2018) ist bereits der Bürgerbus (insbesondere für Seniorinnen und Senioren) für Fahrten ins Heßdorfer Einkaufszentrum.

Naherholungsgebiet Dechsendorfer Weiher

Das Entwicklungsziel am Dechsendorfer Weiher muss eine zurückhaltende Attraktivitätssteigerung für Bewohner und für Erholungssuchende unter Berücksichtigung der wertvollen Ressource Natur sein.

Kurzfristig ist für das südliche Umfeld ein Gestaltungskonzept zu erarbeiten, das auch die angrenzenden Nutzungen wie Schule, Campingplatz, Segelge-

meinschaft und das Naturbad mit einbindet. Es sind Standorte und Flächen für den Freizeitsport und Kinderspiel zu ermitteln und Baumpflanzungen durchzuführen. Der gesamte Parkplatz am Dechsendorfer Weiher (südwestliche Seite) soll besser gepflegt und in das Konzept Naherholungsgebiet Dechsendorfer Weiher einbezogen werden.

Der Befall von Blaualgen in der Sommerzeit ist ein Problem, vor allem dann, wenn die Temperaturen steigen und zu geringe Niederschläge fallen. Zur Bekämpfung von Blaualgen hat sich der Einsatz von Ultraschall an verschiedenen Orten bewährt. Die Geräte können geleast werden, die Kosten entstünden überwiegend durch die aufzubauende Infrastruktur und die Wartung.

Kinder und Jugendliche in Dechsendorf

Der SPD-Distrikt begrüßt die hohe Qualität der Mittagsbetreuung an der Grundschule Dechsendorf und setzt sich dafür ein, das Angebot, falls Bedarf der Eltern besteht, zu verbessern. Beispiel: bei der Hausaufgabenbetreuung oder der freizeitpädagogischen Betreuung. Dies gilt auch für die Städtische Sing- und Musikschule Erlangen, die eine Zweigstelle an der Grundschule Dechsendorf betreibt.

Der Octopus als Treffpunkt der Dechsendorfer Jugendlichen soll, falls der Wunsch und Interesse besteht, mehr finanzielle und pädagogische Unterstützung erhalten.

Die Kinderspielplätze am Dechsendorfer Platz und am Moorbachweg sind nach den Vorschlägen und Ideen der Eltern und Kinder in Kooperation mit dem Amt für Soziokultur neu zu gestalten.

Für die Sicherheit, besonders der Schulkinder in der Naturbadstraße, ist im Straßenverlauf zwischen Seebachweg und Mistelweg wieder die Tempo 30-Zone einzuführen.

In der Naturbadstraße sind Flächen für das Parken zu markieren, damit der Schulweg sicherer wird und die Gehwege nicht mehr zugeparkt werden.

Maßnahmen zur Einhaltung von Tempo 30 im Bereich der Grundschule und des Kindergartens (Bischofsweiherstr.). Einrichtung je einer Drucktastenampelanlage im Bereich Giesbethweg/Campingstraße und Naturbadstraße / Teplitzer Straße (Schulweg),

Klimaschutz

Auch in Dechsendorf sollte nachhaltiger für den Klimaschutz investiert werden, z.B. durch Förderung der energetischen

Sanierung bei älteren privaten Gebäuden sowie von Photovoltaik- und Solarthermieanlagen. Nutzung der Dachflächen für Photovoltaik-Eigenstromversorgung und energetische Sanierung an der Grundschule Dechsendorf, Sportheim FC Dechsendorf, Freizeithaus am Dechsendorfer Platz, Kindergärten. Förderung der Investitionen zur Umstellung auf energiesparende Heizungsanlagen, sofern diese Co2-neutral und leitungsgebunden sind.

Eine flächendeckende Versorgung der Ein- und Mehrfamilienhäuser in Dechsendorf mit Erdgas ist eine Alternative zu den besonders klimaschädlichen Ölheizungen (besonders für ältere Heizungen, deren Austausch bevorsteht). Längerfristig kann das Erdgas durch grünen Wasserstoff ersetzt werden, wenn die technischen Voraussetzungen erfüllt sind.

Verkehr

Für den Stadtteil Dechsendorf ist eine bedarfsgerechte Busanbindung von großer Bedeutung, wenn eine nachhaltige Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger gelingen soll. Dies betrifft in Dechsendorf die Stadtbuslinie 283 sowie die Linienbusse 202, 203 und 205 aus dem Landkreis Erlangen-Höchstadt. Die Busfahrpläne sind zwischen der Stadt Erlangen und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt mit dem Ziel abzustimmen, die Fahrtzeiten zu optimieren und Parallelverkehre zu vermeiden. Die Tarifstruktur im ÖPNV ist zu reformieren mit dem längerfristigen Ziel, das 365 €-Ticket für Schüler, Auszubildende, Studenten, Berufstätige und Seniorinnen und Senioren einzuführen.

Buslinie 280 (Büchenbach/Zambellistr. - Buckenhof/Spardorf/Busbf.)

Der SPD-Distrikt ist für die Anbindung von Dechsendorf an die Buslinie 280 in Büchenbach. Diese Linie bietet besonders für Auszubildende, Berufstätige und Studierende eine Alternative, da Dechsendorf an die S-Bahn-Station Paul-Gossen-Straße, an den Siemens-Campus sowie an das Universitäts-Südgelände angebunden würde. Eingesetzt werden sollen kleinere Busse (max. 20 Personen) im Pendelverkehr.

Der SPD-Distrikt ist für ein modernes Carsharing-Angebot in Dechsendorf am Freizeithaus (Dechsendorfer Platz). Das elektrische Carsharing-Auto soll für alle Bürgerinnen und Bürger ausleihbar sein.

Querungshilfe (Zebrastreifen) in der Na-

turbadstraße zwischen Parkplatz und Bäckerei Meier.

Lückenschluss eines Fuß- und Radweges ab Altkirchenweg bis zur Weisendorfer Straße (westliche und östliche Seite).

Der Radweg ab der Bushaltestelle Weisendorfer Straße in Richtung Innenstadt ist bis zur Kanalbrücke auszubauen, der auch für Lastenfahrräder geeignet ist. Beim Neubau der Kanalbrücke ist auf der Nordseite ein breiter Radweg zu planen, der bis zum Heusteg weiter geführt werden soll.

Bau eines Radweges von der Weisendorfer Straße, hinter der Boulderhalle vorbei, bis zur Straße Brühl.

Der Knotenpunkt Weisendorfer Straße/Brühl ist umzubauen. Vorfahrt für den ÖPNV und Neuplanung des Fuß- und Radweges im Bereich der Bushaltestelle an der Weisendorfer Straße. Kein Verbot des Abbiegens von der Weisendorfer Straße in den Brühl (für Autofahrer von Richtung Hemhofen und Heßdorf).

Die Insel an der Kreuzung Faust-von-Stromberg-Straße/Campingstraße ist in einen überfahrbaren Kreisverkehr umzubauen.

Lärmschutz BAB A3

Auch für den Stadtteil Dechsendorf sind die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen entlang der Autobahn A3 (analog Kosbach) durchzuführen. Lärm belastet unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit.

Die Stadt Erlangen soll als freiwillige Maßnahme die Vorfinanzierung der Lärmschutzmaßnahmen übernehmen und Zuschüsse beim Straßenbaulastträger beantragen.

Dechsendorfer Vereine und Gruppen

Es existiert in Dechsendorf ein äußerst vielfältiges soziales, kulturelles und freizeitliches Vereinsleben. Ohne das Engagement der aktiven Bürgerinnen und Bürger in diesen Organisationen gäbe es weniger Hilfe und Nachbarschaftsunterstützung. Die Vereine und Gruppen sind auch für die Zukunft finanziell zu fördern. Die freiwillige Feuerwehr wird unterstützt, das Feuerwehrgerätehaus zu erweitern, so dass zeitgemäße Umkleideräumlichkeiten und Sanitäreinrichtungen entstehen. Ferner soll auch dem Wunsch nach einer eigenständigen modernen Heizungsanlage und einer eigener Wassereinspeisung entsprochen werden.

Gerhard Carl

■ Distrikte

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:

Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**20. November,
19.00 Uhr, Schützenhaus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

■ **Distrikt Frauenaarach**

Vorsitzender:

Jens Schäfer
schaefer-jens@gmx.net

Wir haben in unserer letzten Sitzung
entschieden bis zur Wahl keine Proto-
koll mehr im Monatsspiegel abzudru-
cken. Wenn jemand Interesse hat kann
er das Protokoll von mir bekommen.

Die nächste und letzte Sitzung für dieses
Jahr wird

**am 19.11.19 um 19:30 im
Gemeindezentrum**

stattfinden. Eine Weihnachtsfeier ent-
fällt in diesem Jahr.

Gruß,
Jens Schäfer

■ **Distrikt Innenstadt**

Vorsitzende:

Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Der Distrikt Innenstadt lädt

**am 12. November um 20
Uhr zur nächsten Distrik-
tssitzung ins Nebenzim-
mer der Kulisse**

Vorschau auf Dezember: Die vorweih-
nachtlige Sitzung ist am 10. Dezember
geplant, Ort wird noch bekannt gege-
ben.

■ **Distrikt Ost**

Vorsitzender:

Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_gha@hotmail.com

Nächste Sitzung Erlangen Ost ist am

**12.11.2019 19 Uhr im
Brückenpaulus**

Danke und Gruss

Silvia Schäfer

■ **Distrikt Süd**

Vorsitzender:

Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten Sitzung

**am Mittwoch, den 13.11.,
um 20 h, im Bürgertreff
Berliner Platz, Berliner
Platz 1.**

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Kommunalwahl 2020
2. Aktuelles Stadtrat und Stadtteilbeirat ER-Süd
3. Sonstiges

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Er-
scheinen.

Mit solidarischen Grüßen

Dr. Andreas Richter
Vorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung am:

Dienstag, 12.11.2019, 19.00 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:

- 1) Aktuelles
- 2) Ergebnisse der Wahlen zum Parteivorsitz
- 3) Rückblick auf die angelaufene Aktion Hausbesuche in Tennenlohe
- 4) Überlegungen zur Ortsbeiratssitzung.
- 5) Vandalismus im Bushäuschen (Bücherhaltestelle)
- 6) Arbeitsgruppe Umgestaltung Wetterkreuz

Protokoll der Distrikt-Versammlung vom 08.10.2019 in Tennenlohe

Top 1: Aktuelles

Wilhelm berichtet von der Versammlung im Haus des Handwerk mit Lars Klingbeil. Er hatte zusammen mit Andreas Bammes den Distrikt vertreten. Lars Klingbeil hat die Miesepeterei vieler Genossinnen und Genossen gerügt, die immer wieder alles in Frage stellen und bemängeln, statt auf die Erfolge hinzuweisen, die die SPD in den vielen Jahren ihrer Regierungsbeteiligung tatsächlich erzielt und gegen die Union durchgesetzt hat. Davon unbenommen sind Hinweise auf die Dinge, die nicht durchgesetzt werden konnten, aber deshalb sollte man die Erfolge nicht kleinreden. Lars Klingbeil fordert mehr Disziplin. Wilhelm hat auch an der Demonstration zum Klimaschutz am 20.09. teilgenommen.

Die Rede vom Gesine Schwan in Erlangen am Tag der Deutschen Einheit wurde gewürdigt: die Rednerin hat die Arroganz des Westens und das den ehemaligen DDR-Bürger/innen angetane Unrecht gerügt. Auch hätte der Westen wohl einiges übernehmen müssen (Kinderbetreuungssystem, Polikliniken mit den Ambulatorien etc) statt alles platt zu machen.

Top 2: Bericht von der Nürnberger Regionalkonferenz

Gert, Gertrud und Rolf haben von Di-

7) Verschiedenes

Außerdem laden wir Euch recht herzlich ein zum Gansessen bei Fritz Klein im „Schlößla“ (d.i. Schloßgaststätte, Schlossgasse 7)

Sonntag, den 24.11.19, 12.00 Uhr

Der Distrikt freut sich auf euer Erscheinen und auf gute Gespräche
Bitte kurze Rückmeldung an Rolf Schowalter bis zum 19.11.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter, Tel.: 60 19 24
rolfschowalter@t-online.de

striktseite an der Regionalkonferenz teilgenommen. Das Format wurde uneingeschränkt gelobt. Es ist bzw. war notwendig, sich ein persönliches Bild von den Kandidatinnen und Kandidaten zu machen, weil das Auftreten und die Reaktion auf die Publikumsfragen auch ein Kriterium für die Entscheidung sind. Und dies kann man aus den vorliegenden schriftlichen Äußerungen nicht herauslesen.

Die Stellungnahmen der anwesenden Genossinnen und Genossen zu den Kandidatinnen und Kandidaten zeigen sehr unterschiedliche Präferenzen.

Top 3: Fertigstellung des Tennenloher Distriktprogramms

Zu den bereits in der letzten Sitzung erarbeiteten Themenschwerpunkten wurde Folgendes ergänzt bzw. hinzugefügt:

- Spielplatz Haselhofstraße u. Spielplatz Hutgraben: Erweiterung durch neue Spielgeräte. Abenteuerspielplatz: Offene Überdachung mit Sitzgelegenheiten (Unterstand), Aufstellung von Bänken. Ebenso dort und auf dem Bolzplatz seniorengerechte Bewegungsgeräte.

- Glasfaserversorgung in Tennenlohe
- Busanschluss an S-Bahn Eltersdorf (ist wegen Neustrukturierung des VAG-Systems noch nicht realisiert). Der Vorschlag, dazu den Hohlweg auszubauen, bleibt umstritten.

- Sanierung der Straße Vogelherd

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

Top 4: Wahlkampfaktionen: Rundgang mit dem OB am 23.11. (Neuer Termin!!)

Es wurde folgende Route festgelegt:

- Treffpunkt Ecke Haselhofstraße/Am Bach: Projekt der Christusgemeinde (Senioren - und Studentenwohnungen). Potenzieller Standort für eine größere Seniorenwohnanlage in Tennenlohe.
- Daneben Spielplatz und Bolzplatz (Aufwertungen: seit Jahren versprochen, keinerlei Ansätze zur Realisation).
- Hutgraben: zielgerichtete Aufwertung zur Naherholungszone.
- Ev. Kindergarten „Arche“: dringender Sanierungsbedarf.
- Branderweg: Ausschluss eines Radschnellwegs.
- Wetterkreuz (Zusatz: Folge der Hausbesuche): Verkehrssituation, Umbau der Kreuzung. StUB-Trassenführung, StUB-Haltestelle.
- Kerwaplatz: dauerhafte Installation von Wasser, Strom, Abwasser.
- ggf. Abschluss in der Wied

TOP 5 : Distrikt-Vertretung im Kreisvorstand

die weibliche Vertretung muss vorerst entfallen.

TOP 6: Anträge an die Ortsbeiratssitzung

- Kerwaplatz (s.o.) mit möglicher Erstellung einer öffentlichen behindertengerechten Toilette.
- Veränderung der Bus-Linienführung 290 von Bruck kommend tagsüber: Bruck - Funkmast - Haselhofstraße.

TOP 7: Vorschläge für TB Ausgabe Nr. 100

- Beginn des TB ** (Wilhelm)
- Glasfaserverlegung in Tennenlohe (Gert)
- Jubiläum Ski- und Wandergruppe (Klaus)
- Kapitalismuskritik (Gert)
- Klimakatastrophe (Wilhelm)
- Neuer Pfarrer in der Christusgemeinde (Rolf)
- Bushäuschen (Rolf)

TOP 8: Verschiedenes

Antrag an die Fraktion: Änderung des Bebauungsplans: Areal an der Haselhofstraße soll nicht mehr für Friedhof vorgesehen werden, sondern für Seniorenwohnanlage.

Rolf Schowalter

Protokoll der Distrikt-Versammlung vom 10.09.2019 in Tennenlohe

Top1: Aktuelles

Der Distrikt diskutiert die in der Presse vorgestellten Pläne zum Umbau der Kreuzung Weinstraße/Äußere Tennenloherstr./Lachnerstraße im Zusammenhang mit der Eltersdorfer Westumgehung. Eine Zunahme des Schleichverkehrs durch Tennenlohe und Bruck ist zu befürchten.

Top2: Wahl der neuen SPD Spitze

Gert hat die Antworten der Kandidaten für den SPD-Vorsitz auf die fünf wichtigsten Fragen der Mitglieder mitgebracht. Der Distrikt diskutiert über die einzelnen Kandidaten-/paare und ihre „Programme“. Bis auf einzelne Nuancen scheinen die Antworten auf die Fragen meist recht ähnlich. Ein deutlicher Favorit ist nicht auszumachen – wobei das jüngste Paar, Christina Kampmann und Michael Roth recht überzeugend wirkt. Ein persönlicher Eindruck auf der Regionalkonferenz am nächsten Donnerstag oder über Video wird sicher helfen, eine

Entscheidung zu treffen.

Top3: Programm für die Kommunalwahl 2020

Der Distrikt diskutiert über ein Tennenloher Programm für die Kommunalwahl 2020. Wichtige Themen sind:

- eine Seniorenwohnanlage für Tennenlohe
 - Die Verkehrssituation am Wetterkreuz
 - STUB-Trassenführung durch den Ort
 - Verkehrsberuhigte Zonen in Tennenlohe
 - Aufwertung des Festplatzes mit Strom-, Wasser- und Abwasseranschluß
 - Pflege des Hutgrabens (Ausbau zur Naherholungszone)
- Rolf bittet um Vorschläge für Wahlkampfaktionen in Tennenlohe.

Top4: Nachwahl eines Distriktvertreters im Kreisvorstand

Nach dem tragischen Tod von Ulla Schnapper sucht der Distrikt eine neue Vertreterin des Distrikts im Kreisvorstand. Mangels einer Bewerberin wird die Wahl verschoben.

Hans Hauer

Liebe Genoss*innen,

auf unserer Sitzung im November wollen wir wie auf der letzten Sitzung besprochen mit den Umstrukturierungen in der katholischen Kirche in Büchenbach und die Erweiterung des Seelsorgebereichs besprechen. Dazu wird uns Christine Held-Winkelmann informieren.

Außerdem beschäftigen wir uns mit den Plänen des Investors Liebe zum Umbau des Nahversorgungszentrums in der Büchenbacher Anlage zu welchen derzeit eine Ausstellung der Ergebnisse des Architektenwettbewerbs in der Martin-Luther-Kirche stattfindet.

Unser drittes Thema wird der Radentscheid sein. Zu diesem werde ich euch über die Ziele informieren und ein paar Hintergrundinformationen geben.

Unsere nächste Sitzung findet statt am:

13. November, 20 Uhr im Gütlein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Aktuelles
 2. Umstrukturierungen in der katholischen Kirche in Büchenbach
 4. Pläne des Investors Liebe zum Umbau des Nahversorgungszentrums in der Büchenbacher Anlage
 5. Radentscheid
 6. Berichte aus Fraktion und Stadtrat
 7. Berichte aus Kreisvorstand, Beiräten
 8. Verschiedenes
- Ich freue mich wie immer auf zahlreiches kommen!

Solidarische Grüße,
Tobias Körber

■ **Distrikt West**

Vorsitzender:

Tobias Körber
Mobil: 01772955309
spd@tobias-koerber.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

Der Vorstand der AG60 plus lädt ein zur nächsten Vorstandssitzung/ Mitgliederversammlung und freut sich auf euer Kommen.

Am Dienstag, den 12. November 2019, 15:00 Uhr im August-Bebel-Haus

Tagesordnung

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Aktuelles
4. Nachlese Begegnungstag mit den Jenseitern
5. Welche Filme für „dreimal Film im Frühjahr
6. Verschiedenes

Ich hoffe auf rege Diskussion und grüße im Namen des Vorstands,
Hartmut Wiechert

■ **AG 60plus**

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
Hartmut.Wiechert@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

SPD AG 60 plus lädt Dich herzlich zum dritten Filmnachmittag der diesjährigen Filmserie „ Dreimal Film im Herbst“ ein.

Mittwoch, 13. November, 15:00 Uhr, IG-Metall-Saal, Friedrichstraße 7

Dabei zeigen wir den Film „Die Abenteuer des Rabbi Jacob“ (1973) Regie Gérard Oury

Durch einen bizarren Zufall verhilft der rassistische Fabrikant Victor Buntspecht dem arabischen Revolutionär Mohamed Larbi Slimane zur Flucht vor dem Geheimdienst und wird daraufhin zusammen mit dem Revolutionär von einem Killertrupp verfolgt. Um zu entkommen,

verkleiden sie sich als Rabbiner. Prompt werden sie mit zwei echten Rabbinern verwechselt - und treten natürlich von einem Fettnäpfchen ins nächste.

Zur Begrüßung gibt es Kaffee und Kuchen, im Anschluss ist Gelegenheit zum

Gedankenaustausch. Wir freuen uns darauf, viele von euch begrüßen zu können!

im Namen des Vorstands,
Hartmut Wiechert

Protokoll der Mitgliederversammlung am 17. September 2019 im August-Bebel-Haus

Top 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden Hartmut Wiechert

Tagesordnung und Protokoll des Besuchs der Tabea-Musterwohnung werden genehmigt.

Top 2: Aktuelles

Die besten Genesungswünsche von uns allen gehen an Hem, der sich z.Zt. im Krankenhaus befindet.

Renate: Der für morgen, 18. September angekündigte Film ist eingetroffen.

Es wurde ausgiebig über die Kandidatur um den neuen SPD-Vorsitz, die Kommunalwahl im nächsten Jahr, Bebauung Büchenbach-Nord und Klimagipfel diskutiert. Auch stellten wir uns die Frage, was wir zum Wahlkampf beitragen können.

Top 3: Nachlese Besuch Tabea-Musterwohnung in Roth

Die Stadt Erlangen hat keine Musterwohnung à la Tabea in Roth und auch keinen Wohnberater. Angeblich soll in Büchenbach eine Musterwohnung entstehen sowie eine halbe Stelle für einen Wohnberater.

Das Protokoll des Besuchs der Tabea-

Musterwohnung wird genehmigt und soll in seiner gesamten Länge plus Fotos von Renate an die Redaktion des MS gesandt werden.

Top 4: Pflege der Städtepartnerschaft mit den Jenensern, Gestaltung des 3. Oktober

Hartmut schlägt seinen Programm-entwurf lt. Mail vom 11.09.19 vor. Diese Einladung schickte Hartmut an Peter und Hella, eine Antwort steht noch aus. Hartmut wird in den nächsten Tagen anrufen, ob Interesse bei den Jenensern da ist, und ob und wie viele Personen kommen. Wenn ja, erhalten wir Bescheid über den Ablauf.

Top 5: Vorbereitung des Besuchs von 60+ Regensburg

Die Zeit, einen Gegenbesuch der Regensburger für den Oktober 2019 zu organisieren, ist zu kurz, deshalb Vertagung auf das Frühjahr 2020 nach der Kommunalwahl. Hartmut wird die Regensburger informieren.

Top 6: Verschiedenes

Nächster Termin der AG60plus: Dienstag, 12. November 2019, 15:00 Uhr, August-Bebel-Haus

Protokollführerin: Renate Schmidt

■ **Jusos**

Vorsitzender:

Munib Agha

Telefon: 9731163

Mobil: 0160-3581886

munib_gha@hotmail.com

Liebe Jusos,

im November treffen wir uns am

- 05.11.

- 19.11. (Thema: Digitalisierung)

Am 05.11. treffen wir uns mit unserem OB Florian Janik und reden mit ihm über den Wahlkampf und weiteres. Hierfür weichen wir in eine andere Lokalität aus. Informationen werden nachgelie-

fert. Ein zahlreiches Erscheinen wäre dabei wünschenswert.

Diese Sitzung am 19.11 findet dann wieder gewohnt um 19:30 Uhr im Sitzungszimmer des ABH statt.

Wir freuen uns natürlich auf euer zahlreiches Erscheinen bei allen Terminen.

Grüße, euer Vorstand